

**Annoncen-
Annahme-Bureau.**
In Posen außer in der
Expedition dieser Zeitung
(Wilhelmsstr. 17)
bei C. H. Alrici & Co.
Breiterstraße 14.
in Gnesen bei H. Spindler,
in Grätz bei J. Strickand,
in Mezeritz bei J. Mathias.

Posener Zeitung.

Neunundachtzigster

Jahrgang.

**Annoncen-
Annahme-Bureau.**
In Berlin, Breslau,
Dresden, Frankfurt a. M.,
Hamburg, Leipzig, München,
Stettin, Stuttgart, Wien;
bei C. F. Dabbe & Co.,
Hanselstein & Vogler,
Rudolph Mosse.
In Berlin, Dresden, Göttingen
beim „Invalidentank“.

Nr. 313.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal er-
scheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt
Posen 4 1/2 Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 46 Pf.
Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deut-
schen Reiches an.

Freitag, 5. Mai.

Inserate 25 Pf. die sechsgehaltene Zeile oder deren
Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die
Expedition zu senden und werden für die am fol-
genden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis
5 Uhr Nachmittags angenommen.

1882.

Gründungen unter dem Panier der „nationalen Arbeit“.

Ueber den Zoll- und Gründungsschwindel, der sich an die Agitation für Erhöhung des Schieferzolls geknüpft hat, bringt die „Röln. Ztg.“ in einem ausführlichen Artikel Mittheilungen, welche ein grelles, ja erschreckendes Schlaglicht auf die Zustände werfen, die sich unter dem System der „nationalen“ Wirtschaftspolitik bei uns zu entwickeln beginnen. Vor einem Jahre tauchte nämlich in Oberwesel, Caub und den übrigen Schiefergruben-Gegenden eine Agitation für Erhöhung der 1879 bewilligten Schieferzölle auf, die schließlich in Petitionen an den Bundesrath, den Reichstag und den Reichskanzler um Einführung eines Schutzzolles von 3 M. pro 100 Kg. Dachschiefer an Stelle des bisherigen Satzes von 50 Pf. bat, unter Hinweis auf den „trostlosen Zustand der Dachschiefer-Gewerkschaften des Reichs.“

„Das — so heißt es in dem Schriftstück — beweisen die stets vorhandenen großen Vorräthe auf den Dächern, beweisen die vielen brotlos gewordenen Arbeiter, beweisen der nur noch scheinbar und mit großen Opfern fortgesetzte schwache Betrieb vieler Gewerke, deren kümmerlicher Bestand eben wohl durch die schwache Hoffnung auf bessere Zustände erhalten wird. Ein gänzlicher Umschlag zum Besseren dürfte dadurch erreicht werden, daß der Dachschiefer gleich den Schieferplatten mit 3 M. für 100 Kg. Eingangszoll belegt würde. Würde durch eine entsprechende Maßregel dem ausländischen Schiefer die Konkurrenz mit dem deutschen Schiefer erschwert, bezw. unmöglich gemacht, so würde sicher neues Leben in unserem Schiefergeschäft entstehen; Hunderte von Grubenfeldern, die noch verschloffen ruhen, würden erschlossen werden; Tausende von Arbeitern, die jetzt ohne Arbeit und in Noth, würden herangezogen; Kapitalisten, zur Zeit müßig in der Trube liegend, würden in Kurs gesetzt werden und ihrem Besitzer reichen Gewinn abwerfen.“

Auch in anderen Eingaben wurde die „Prohibition des ausländischen Schiefers“ in der einen oder anderen Form offen gefordert.

Fast gleichzeitig regte sich aber die Unternehmungslust für Gründungen in Schiefergruben. Die „Röln. Ztg.“ weist durch die Mittheilung von Schriftstücken, Zirkularen u. nach, daß eine förmliche Gründungs-Kampagne mit Schiefergruben inszeniert worden ist. Vorläufig hat der Bundesrath derselben einen kleinen Strich durch die Rechnung gemacht, indem er statt der beantragten Versechsfachung nur die — ebenfalls ungerechtfertigte — Verdoppelung des Schieferzolls beschlossen hat. Die Begründung der Erhöhung beschränkt sich zunächst darauf, hervorzuheben, daß die Einfuhr im Jahre 1881 gegen 1880 beträchtlich gestiegen sei, ohne indeß zu berücksichtigen, daß sie gegen die Einfuhr früherer Jahre noch immer beträchtlich zurücksteht. Des Weiteren wird nur dargelegt, daß der deutsche Schieferbau weit unrentabler als der ausländische ist, weil in den Lagern mächtige unbrauchbare Zwischenpartien auftreten, und daß die deutschen Schiefer-Industriellen den ausländischen an geschäftlicher Gewandtheit weit nachstehen. Das genügt, um das Diktum zu motiviren: „Die Erhöhung des Zolles ist im Interesse der inländischen Schiefer-Industrie geboten.“ Wie man sieht, verschwindet die Rücksicht auf den Konsum immer mehr aus dem Gesichtskreis unserer Zollpolitiker; immer aufdringlicher schiebt sich dagegen das Interesse der Produzenten vor, derart, daß zuletzt der unwirtschaftliche Abbau und die geschäftliche Ungeschicklichkeit als Gründe gelten müssen, welche eine Industrie der besonderen Fürsorge des Staates empfehlen!

Schon nach Einführung des Zolls von 50 Pf. war eine Aktien-Gesellschaft der weiter oben ange deuteten Art gegründet worden, wobei der damalige Hauptagitator für den Zoll, J. Winter in Höchst, seine Gruben an den Mann brachte. Ende September 1881 erschien dann in der „Röln. Zeitung“, so wie in französischen, belgischen und vermutlich auch englischen Zeitungen folgendes Inserat:

„Mit Rücksicht darauf, daß im nächsten Reichstage der Eingangszoll auf ausländischen Dachschiefer von 50 M. auf 300 M. pro 200 Jtr. Labung erhöht werden wird, ist die beste Kapitalanlage der Anlauf guter Schiefergruben im Inlande. Als Vermittler empfiehlt sich ein Fachmann. Franko Offerten erbittet man u. s. w.“

Das Inserat zog. Wie sich sehr bald zeigte, sollten jetzt unter dem Titel der bekannten Gruben neue große Gesellschaften gegründet werden, an welche die umliegenden, theils unerschlossenen, theils in ihrer Rentabilität fraglichen Gruben verkauft werden sollten. Die ersten Verkäufer und die ersten Aktionäre würden ein gutes Geschäft machen und „die letzten Bekken die Grube“. Es bildete sich gleichzeitig ein „Komitee zur Wahrung der Interessen der deutschen Schieferindustrie“, welches energisch für die Zollerhöhung agitirte und immer wieder den „trostlosen Zustand der Dachschiefer-Gewerkschaften und deren Arbeiter“ aufmarschiren ließ. Ein ganz anderes Bild vom Zustande der deutschen Schiefergewerkschaften wurde jedoch vor den Kapitalisten entrollt. Die „Röln. Ztg.“ theilt die Bilanz einer Grube mit, welche bestimmt sein sollte, Zentral- und Mittelpunkt des künftigen arrondirten und kapitalistisch betriebenen Grubenkomplexes zu sein. Der Besitzer dieser Grube hat, wie er selbst sagt, an der Agitation für Erhöhung des Zolls „in hervorragender

Weise“ theilgenommen; in seiner Bilanz giebt er aber an, daß seine Grube im Geschäftsjahr 1880/81 für 20,552 M. Schiefer förberte und sofort flott für 18,177 Mark verkaufte. Die Gesamtunkosten betrugen 13,624 Mark, der Reingewinn demnach 6,927 Mark. Das ist kaufmännisch eine vollständige Räumung des Lagers bei einem Verdienst von über 33 Prozent des Marktpreises. Die Ergebnisse anderer guten Gruben sind theilweise noch besser. Die Gruben „Schöne Aussicht“ und „Mühlberg“ im Ruzbachthale in Nassau haben in den Jahren 1875 bis 1879 196,572 Mark Erlös gebracht bei 112,092 Mark Kosten. Das ist ein Reingewinn von 84,480 Mark in fünf Jahren oder 16,896 Mark jährlich, also ein Gewinn von mehr als 40 Prozent. Nur der Verdienst der Arbeiter ist nach dem vorliegenden Material gering, zum Theil sehr dürftig gewesen.

Daneben arbeitete die Zoll-Agitation für die in „trostloser Lage“ befindliche Schieferindustrie unverdrossen mit allen Mitteln weiter. So wird in einem Agitationschriften fröhlich behauptet, daß der Finanzminister Bitter und die Abgeordneten von Schorlemer-Alst, Dr. Lieber u. s. w. die bestimmte Zusage ertheilt hätten, die Sache des Schiefers als ihre eigene zu betrachten, und daß hinter Herrn von Schorlemer-Alst, der mit dem Herrn Puricelli in Rheinbollerhütte (Besitzer sehr rentabler Schiefergruben) verwandt sei, die ganze Fraktion des Zentrums stehe. Ein andermal wird bemerkt, daß der Bundesrath wahrscheinlich über den beantragten Satz von 3 Mark noch wesentlich hinausgehen werde.

Es sind höchst unerquickliche, für unsere Gesetzgebung fast beschämende Verhältnisse, welche durch die überaus verdienstliche Publikation der „Röln. Ztg.“ an das Tageslicht gezogen werden, und für das Schicksal des Schieferzolls im Reichstage wird diese Klarlegung hoffentlich von entscheidendem Gewicht sein. Aber man gebe sich nur nicht der Illusion hin, daß die hier aufgedeckten Wirkungen sich auf die Schieferindustrie beschränken. Das würde ein gefährlicher Irrthum sein. Das Schutzollsystem, wie es jetzt im Deutschen Reich etabliert ist und von Jahr zu Jahr mehr ausgebaut wird, schafft durch die von ihm gewährten Begünstigungen nicht sowohl Vortheile für die vaterländische Industrie als Vortheile für die jeweiligen Besitzer großer industrieller Etablissements, deren Abgabewerth erhöht wird. Untrennbar von einem solchen System ist es deshalb, daß die Erlangung von Zollbegünstigungen Gegenstand der Spekulation interessirter Besitzer wird, und der Gewinn, der aus dem glücklichen Verlaufe einer solchen Spekulation fließt, mag oft weit den Ertrag übersteigen, den jahrelange, solide, wahrhaft den nationalen Wohlstand fördernde, industrielle Arbeit erzielen kann. Gleiche oder ähnliche Vorgänge, wie sich in der Schieferindustrie zeigen, spielen sich auch in anderen Industrien ab, nur entziehen sie sich ihrer Natur nach meist der allgemeinen Kenntniß. Die Kurstreiberei der Montanwerthe, welche der Einführung der Eisenzölle folgte, gab immerhin schon in dieser Hinsicht einen deutlichen Fingerzeig. Damit steht aber noch eine weitere schlimme Folge im Zusammenhang. Es ist nicht ausgeschlossen, daß hohe Staatsbeamte und Volksvertreter, deren volle Integrität außer allem Zweifel steht, von pfiffigen Spekulanten mit beweglichen Phrasen getäuscht und ihr Einfluß auf die Gesetzgebung zu egoistischen Zwecken ausgebeutet wird. Ein Schutzollsystem, wie es jetzt bei uns gehandhabt wird, hat eben ganz eigenartige Gefahren im Gefolge. Die Zollfrage greift über die Vermessung dieses oder jenes Zollsatzes weit hinaus, sie wird zu einer Frage der Solidität unseres wirtschaftlichen Lebens, zu einer Frage der öffentlichen Moral. Trägt der Unfug, der mit dem Schieferzoll getrieben worden ist, dazu bei, die öffentliche Meinung hierüber aufzuklären, so soll uns die neue Zollvorlage höchst willkommen sein.

Preußen und der Papst.

Folgende Betrachtung der wiener „Presse“ wollen wir als sehr zeitgemäß unseren Lesern nicht vorenthalten:

Der preussische Kultusminister Herr von Gossler hat neulich im Herrenhause einen neuen Gesichtspunkt für den Ausgleich mit der römischen Kurie aufgestellt, der so viel man von der Geschichte der vatikanischen Diplomatie bisher gehört hat, sich kaum als zweckmäßig erweisen dürfte. Der Vertreter der preussischen Kirchenpolitik meinte, nachdem es nicht gelungen sei, in den Verhandlungen mit dem Papste zu einer Verständigung zu gelangen, habe Preußen sich entschlossen, denselben durch Großmuth zu verpflichten; wenn die Kurie wahrnehme, daß die Regierung aus eigener Initiative die Häuten der Mai-Gesetzgebung bestimme, so werde vielleicht auch von ihrer Seite ein „großer Schritt“ geschehen; dies sei wenigstens die Hoffnung des Ministeriums, das allerdings dabei nicht etwa ein kaufmännisches Konto aufmachen und den Saldo des Staates und der Kirche gegenüberstellen wolle. Wie man sieht, gedenkt die preussische Regierung in Ermangelung eines Entgegenkommens der Kurie Frieden nach derselben Methode zu machen, wie sie seinerzeit Krieg geführt hat; sie verkündete damals, daß der Staat die Grenzabstimmung zwischen seinem und dem Gebiet

der Kirche aus eigener Machtvollkommenheit und kraft seiner Souveränität vollziehen müsse, und kraft derselben Souveränität nimmt sie heute die Rückwärtsregulirung, die Rückvergebung der Grenzpfähle vor, ohne sich zuvor versichert zu haben, daß Rom den neuen Friedensstand zu Recht zu erkennen geneigter ist, als seinerzeit den Kriegstand. Die Bedenken, welche von der liberalen Seite des Herrenhauses gegen den Erfolg solchen Vorgehens an der Hand der Geschichte geltend gemacht wurden, finden sicherlich in der Bevölkerung Widerhall. Niemals hat die römische Kurie vor den Schwachen, sondern immer nur vor den Starken sich zurückgezogen, ohne je ihr letztes Ziel aufzugeben. Welches aber die Ideale der Kurie sind, darüber werden wir in dem Sendschreiben Leos XIII an die sizilianischen Bischöfe sehr zur Zeit wieder belehrt.

In elegischem Tone ruft der Papst sich und dem Episkopat die Erinnerung an die glorreiche Zeit zurück, da das Papstthum nach dem endgiltigen Sturze der Hohenstaufen und der tiefsten Niederlage der deutschen Kaisermacht die Rolle einer internationalen „Diktatur“ spielte — Leo XIII. hat das Wort selbst angewendet. Wie nach der Demüthigung des fränkischen Kaiserhauses war für Rom wieder die Periode gekommen, in welcher es Kronen vertheilte, Lehnen gab, Eide löste, kurzweg die internationale Diplomatie beherrschte. Am päpstlichen Hofe stiftete man Krieg und vermittelte den Frieden, Alles, wie uns der heutige Träger der päpstlichen Krone belehrt, zum Wohle der Völker und zum Heile der Kirche in vollkommener Uneigennützigkeit; was für den Kirchenstaat dabei abfiel, war Nebensache. Das Papstthum war national gesinnt; wenn es gleichwohl Ausländer nach Italien berief und namentlich den Einfluß Frankreichs auf der Halbinsel begründete, so beruht es sich heute darauf, daß ausländische Mächte in Italien geherrscht seit dem Barbareneinbruch. Es ist wahr, daß sich der römische Hof bei seiner Politik oft in verhängnisvollem Irrthum befunden hat; Spanien war ihm so wenig dankbar wie Frankreich, und wenn Urban VIII. gar die französische Politik und den Schwedenkönig gegen den Kaiser begünstigte, so weiß man, daß weder die Völker, noch die Kirche, noch Italien dabei profitirt haben. Den Traum einer frühmittelalterlichen Welt Herrschaft träumt auch Leo XIII. nicht mehr, wenn er jener Zeit auch berebte Worte widmet; ein halbes Jahrtausend ist vorübergerauscht, seitdem das Papstthum diktirte, aber unterhandelt hat es auch nachher noch manchmal nicht ohne Glück und sich, nachdem die eigene Macht geschwunden, der anderen Mächte für seine Zwecke bedient. Zu diktatorischer Politik würde Leo XIII. vielleicht die Neigung fehlen, die Bahnen diplomatischer Kunst hat er aber bereits betreten; aber die Idee einer neuen Intervention in Italien scheint Fiasco gemacht zu haben, obwohl das Geheimniß der betreffenden deutsch-römischen Verhandlungen kaum bald gelüftet werden wird. Seitdem ist es von dem Ausgleich zwischen Preußen und der Kurie stille geworden; ersteres wandelt allein seinen Weg weiter, in der Hoffnung, irgendwo auf den Papst zu treffen; das ist, scheint es, eine vergebliche Hoffnung.

Die Kurie macht nur jenen Mächten Zugeständnisse, die sie bezwingen oder die ihr dienen, und das Eine vermochte der eiserne Kanzler nicht, das Andere will er nicht. Aber verständigen will er sich und das will Rom wieder nicht. Die preussische Regierung scheint zu übersehen, daß Rom immer noch die Politik einer Weltmacht treibt, und zu glauben, sie kümmerge sich um den Abgang eines Seelsorgers in irgend einem schlesischen Dorfe so viel, um ihre internationale Haltung durch solche Kleinigkeiten beeinflussen zu lassen. Nicht einmal, als das Geschick der Reformation auf dem Spiele stand, hat sich der päpstliche Hof bestimmen lassen, seiner Machtpolitik durch Unterstützung des Kaisers zu entsagen, den Urban VIII. als Konkurrenten in Italien fürchtete. Wenn die preussische Regierung die Gärten der Maigesetze im Interesse ihrer katholischen Unterthanen mildern will, so verfolgt sie eine Tendenz, die man immerhin noch verstehen kann, aber sie möge hierfür nicht auf Entgegenkommen des Vatikan, auf „den großen Schritt“ rechnen, den derselbe aus Dankbarkeit ihr entgegenzuthun wird. Ein solcher widerspräche allen Traditionen der päpstlichen Geschichte.

[Finanzverwaltung.] Die am Sonnabend vom Abgeordnetenhaus angenommene Resolution wegen Vorlegung eines Gesetzes über die Verwaltung der Einnahmen und Ausgaben ruft die wiederholten Anläufe ins Gedächtniß, welche in derselben Richtung im Reichstage genommen worden sind. Herr Bitter hat sich, gleich seinen Vorgängern, ausdrücklich darauf berufen, daß diese Angelegenheit nur im Zusammenhange mit dem Reiche geregelt werden könne. Aber die Erfahrungen, welche man dort mit dieser Gesetzgebungsaufgabe gemacht hat, eröffnen eine wenig erfreuliche Aussicht. Die Frage ist von der größten Wichtigkeit für eine wirksame Handhabung des Budgetrechts der Volksvertretung. Es handelt sich um die Grundsätze, nach denen das zwischen Regierung und Parlament vereinbarte Etatsgesetz von der Verwaltung auszuführen ist. In Preußen haben diese Grundsätze einen seltenen Ausdruck bisher nur in der Instruktion für die Oberrechnungskammer vom 18. Dezember 1824 gefunden. Die Verbeihung des Art. 104 der Verfassung, daß ein besonderes Gesetz

die Einrichtung und die Befugnisse der Oberrechnungskammer bestimmen werde, ist bis jetzt nicht in Erfüllung gegangen. Im Reiche wollte sich die Regierung in gleicher Weise wie in Preußen betheiligen; für den von ihr im Jahre 1872 vorgeschlagenen Rechnungshof sollten, wenigstens vorläufig, die für die preussische Oberrechnungskammer geltenden Bestimmungen maßgebend sein. Es stellt sich indes bei der Verabreichung so vielfache Zweifel heraus, daß man einseh, die Errichtung eines Reichsrechnungshofes werde sich nur im Zusammenhange mit einer vollständigen Reorganisation des Staatsrechtes, mit einem umfassenden Gesetz über die Verwaltung der Einnahmen und Ausgaben bewerkstelligen lassen. Ein solcher Gesetzentwurf ist denn dem Reichstage auch bereits 1873 vorgelegt und 1874, 1875, 1877 erneuert worden; über die Kommissionsberatung aber ist er niemals hinausgekommen. Grund dieses Scheiterns war eine nach allen Ausgleichsbestrebungen immer noch übrig gebliebene Differenz zwischen den Standpunkten der Regierung und des Reichstages, betreffs deren von beiden Seiten eine weitere Nachgiebigkeit als unmöglich bezeichnet wurde. Die Differenz erstreckte sich besonders auf den Umfang des Begriffs der Staatsüberschreitung, auf die Grenzen des Rechtes, Rechnungsdefekte durch eine Allerhöchste Ordre niederzuschlagen, auf die Vererbung von Ersparnissen aus vakanten Gehältern zu Stellvertretungskosten und Remunerationen, auf die Uebertragbarkeit der Baufonds. Seit 1877 ist der Versuch, das in Rede stehende Gesetz zu Stande zu bringen, nicht wiederholt worden; die Kontrolle der Reichsfinanzverwaltung wird noch immer provisorisch von der preussischen Oberrechnungskammer und zwar auf Grund der erwähnten Rabinetsordre von 1824 geführt. Die Folge davon ist, daß bei den Verhandlungen der Budgets, besonders aber bei denjenigen der Rechnungskommission des Reichstages sehr häufig prinzipielle Streitfragen des Staatsrechtes aus Anlaß eines konkreten Falles auftauchen, die dann mit mehr oder weniger Aufwand an Zeit ad hoc entschieden werden müssen. Und ähnlich verhält es sich in Preußen. Es leuchtet ein, daß ein solcher Zustand weder für eine rasche Erledigung der Geschäfte, noch für ein gutes Verhältnis zwischen Parlament und Regierung förderlich sein kann. Ebenso aber erkennt Jeder, daß unter den heutigen Verhältnissen wohl weniger als je Aussicht vorhanden ist, die dem Zustandekommen eines Gesetzes über die Verwaltung der Einnahmen und Ausgaben entgegenstehende Meinungsverschiedenheit zu überwinden.

Deutschland.

C. Berlin, 3. Mai. [Die parlamentarische Geschäftslage. Zur kirchenpolitischen Vorlage. Aus der polnischen Fraktion.] Trotz des Streites über die parlamentarische Geschäftsvertheilung, welcher die letzte halbe Stunde der gestrigen Sitzung des Abgeordnetenhauses ausfüllte, ist die Sachlage doch nach dieser Sitzung so erheblich vereinfacht, daß jener Streit und insbesondere das dabei aufgewendete Pathos des Herrn v. Puttkamer nachträglich als ziemlich überflüssig erscheint. Das Verwendungsgesetz ist abgethan; nachdem der Regierung die Verweisung in eine Kommission mißlungen, welche noch beim Beginn der Sitzung gestern als möglich galt — daher die begünstigten Äußerungen des Abg. v. Benda —, wird eine Stunde genügen, um den § 1, und damit das ganze Gesetz, in zweiter Lesung abzulehnen. Noch wichtiger für die Abkürzung der Verhandlungen ist die Erklärung des Herrn v. Puttkamer, daß die Regierung nur eine erste Lesung der Kanalvorlage verlange; sie ist also zufrieden mit der bloßen Konstatierung ihrer Absicht, Kanäle zu bauen, vor den Wählern, und verzichtet auf den, wenn sie entsprechende Anstrengungen aufwenden wollte, vielleicht nicht aussichtslosen Versuch, durch Ausnützung der Lokal- und Partei-Interessen der Genuß, so wie der Gleichgültigkeit der Anderen doch vielleicht ein positives Resultat zu erlangen. Man sieht vielfach hierin den Beweis, daß es der Regierung auch nach der Einbringung einer Kanalvorlage um den wirklichen Bau von Wasserstraßen, welche den Staatsbahnen Konkurrenz machen können, nicht ernstlicher zu thun ist, als in den vielen Jahren, in denen von solchen Vorträgen nur geredet wurde. Die hannoversche und die lauenbur-

gische Kreisordnung aber können, gleichviel, welches Schicksal sie schließlich haben mögen, doch nur wenige Sitzungen in Anspruch nehmen. Unter diesen Umständen, welche eine verhältnißmäßige Behandlung der obwaltenden Schwierigkeit sehr wohl gestatteten, ist das Auftreten des Herrn v. Puttkamer, der sie sichtlich zu einer Frage der königlichen Rechte zuspitzen bemüht war, ganz im Gegensatz der in der Herbstsession des neuen Reichstages begonnenen Bemühungen, das Land glauben zu machen, daß die Kronrechte gegenwärtig eines Schutzes gegen parlamentarische Uebergriffe bedürften. — Es ist durchaus überflüssig, wenn die „Germania“ sich gegen die angebliche Idee ereifert, mit Hilfe einer konservativ-nationalliberalen Majorität die zu Boden gefallenen §§ 4 und 5 der ursprünglichen kirchenpolitischen Vorlage der Regierung in Form eines besonderen Gesetzes über die Erfüllung der Anzeigepflicht durchzubringen. Niemand denkt daran; der Kultusminister hat sein Erstaunen darüber geäußert, daß Jemand auf einen solchen Gedanken kommen könne; und die Absurdität desselben leuchtet ein, wenn man sich erinnert, daß die Nationalliberalen ja in der Lage waren, durch Zustimmung zu jenen §§ 4 und 5 den Bischofs-Paragraphen zu Falle zu bringen; wenn sie um diesen Preis jene beiden Paragraphen nicht annehmen, kann es ihnen doch nicht in den Sinn kommen, dieselben jetzt zu votiren, nachdem der Bischofs-Paragraph die Zustimmung beider Häuser erhalten hat! — Eigentümliche Stimmungssymptome werden aus der polnischen Fraktion bekannt. Man scheint dort die Beziehungen des Reiches zu Rußland, die allerdings mit Rücksicht auf die russischen Zustände, trotz der augenblicklich eingetretenen Verringerung der Spannung zwischen den beiden Kabinetten, jeden Augenblick Ueberraschungen bringen können, zum Anlaß neuer polnischer Forderungen zu nehmen, welche auf — die deutsche Regierung gesetzt werden. Daß die nicht-kerikalischen Elemente unter den polnischen Politikern das vollständige Ueberwiegen des Klerikalismus in der polnischen Parlaments-Fraktion ungern sehen, dafür sind bekanntlich neuerdings manche Anzeichen hervorgetreten. Es scheint, daß diese Elemente für den Fall eines Konfliktes, zwischen Deutschland und Rußland die Anerkennung des Polenthums als eines Bundesgenossen Deutschlands eher für möglich halten, wenn dasselbe sich nicht vollständig mit dem Klerikalismus identifiziert, als unter dieser Voraussetzung. Ob in diesem Raskal nicht ein erheblicher Fehler steckt, ob Fürst Bismarck, wenn er überhaupt mit dem Polenthum in der auswärtigen Politik rechnet, nicht das stärkere Element desselben, d. h. das klerikale, in seine Rechnung einstellt, bleibe hier ununtersucht. Jedenfalls wird es dem Kanzler ganz erwünscht sein, wenn derartige Kombinationen überhaupt unter den Polen erwogen werden; denn wenn dies zu nichts Anderem führt, so doch vielleicht zu einer schwankenden Haltung derselben in der Frage des Tabaksmonopols.

+ Berlin, 3. Mai. [Aus dem Abgeordnetenhaus. Zweijährige Statsperioden. Die Arbeitsbienen und die Drohnen.] Selten hat die Regierung eine so gründliche parlamentarische Niederlage erlitten, wie in der gestrigen Sitzung des Abgeordnetenhauses. Das Verwendungsgesetz fand kaum einen einzigen aufrichtigen Freund, ausgenommen — den Finanzminister. Die Redner der liberalen Parteien, so wie der Abg. Windthorst, erklärten das Gesetz für absolut unannehmbar. Abg. v. Benda behauptete das Aufgeben der altpreussischen Traditionen auf steuerpolitischem Gebiete und perhorreszierte auf's Entschiedenste ein Gesetz, welches im engsten Zusammenhange mit dem Tabaksmonopol stehe. Nach der Ansicht des Abg.

Windthorst hat die Vorlage nur den Zweck, die öffentliche Meinung gegen die Volksvertretung aufzuklären, welche so schöne Dinge nicht bewilligen wolle. Sehr energisch, zum Theil mit den Waffen der Satire, gingen die Abgg. Richter und Richter dem Gesetze zu Leibe und deckten schonungslos die Schwächen dieses „Verlegenheitsgesetzes“ auf, das eine nähere Beleuchtung gar nicht vertragen. Beiden wurde ihre Aufgabe wesentlich erleichtert durch eine „vortreffliche“ Rede des Abg. v. Rauchhaupt gegen das Gesetz, wie Richter dieselbe mit Recht nannte. Der konservative Führer verlangte eine organische Steuerreform, kein Stückwerk; er verurtheilte die „schwankenden Ueberweisungstheorien“ u. dgl., mochten auch nach ihm die Herren v. Minnigerode und v. Zeblich (freikonservativ) gekünderte Saiten aufziehen: die ganze Debatte, soweit an ihr die rechte Seite des Hauses theilhaftig war, mußte den Eindruck hervorrufen, daß die Herren nur der Regierung zu Liebe für das Gesetz in die Schranken traten und demselben wenigstens die Ehre einer Kommissionsberatung erweisen wollten. Die überwiegende Mehrheit des Hauses war aber der Ansicht, daß gegenüber der an die Volksvertretung gestellten Zumuthung, noch in letzter Stunde eine so schwierige Materie gründlich zu erledigen, der Vorlage nur ein „Begräbniß zweiter Klasse“ zu Theil werden dürfe, und beschloß demgemäß, die zweite Berathung im Plenum vorzunehmen. — Der parlamentarische Wirrwarr, den das Zusammentreten von Reichstag und Landtag in Aussicht stellt, erscheint der „Nordb. Allg. Ztg.“ als passender Vorwand, für die Nothwendigkeit zweijähriger Statsperioden einzutreten. Sollte die bezügliche Vorlage demnächst an den Reichstag gelangen, so würde die Reichsregierung sich überzeugen müssen, daß der Reichstag die Situation ganz anders beurtheilt, als der Reichskanzler wünscht. Das Abgeordnetenhaus hat heute den Weg gezeigt, auf dem künstlich geschaffene Hindernisse ohne Schwierigkeit beseitigt werden können, indem es das Verwendungsgesetz zur zweiten Berathung im Plenum stellte. — Es scheint, als ob die mit einer gewissen Autorität verkündete Lehre von den produktiven und unproduktiven Klassen der Bevölkerung, von den „Arbeitsbienen“ und den „Drohnen“, ihre unausbleibliche Wirkung im Lande auszuüben begonnen habe. Zeuge ist das „Deutsche Tageblatt“, welches in seinem heutigen Leitartikel u. A. berichtet:

„Die Idee, daß Militär, Beamte, Geistliche, Lehrer, kurz alle Angestellten und Besizenden ihre Existenz lediglich der Arbeit der Armeren und Befehlshabenden zu danken haben, gewinnt in den unteren Volksschichten, wie durch ein Mädchen aus der Fremde über das Land gestreut, trotz Sozialistengesetzes immer größere Verbreitung.“

Wenn das „Deutsche Tagebl.“ als das „Mädchen aus der Fremde“ im Verdacht hat, das drückt es nicht klar aus. Aber wir glauben, daß seine Mittheilung richtig ist; auch uns ist bekannt, daß die Schlagworte des mit angeblich „christlichen“ Phrasen aufgeschmückten Sozialismus bereits in die untersten Schichten durchgedrungen sind, daß Leute, welche Frau und Kinder hilflos zurück- und der städtischen Armenpflege überlassen haben, ihr Thun später mit jenen Schlagworten zu rechtfertigen, ja daß arbeitstüchtige Individuen ihr Verlangen nach Unterstützung aus öffentlichen Mitteln mit solchen Phrasen zu begründen suchen.

□ Berlin, 3. Mai. Ein toller Hohn auf unsere politischen Zustände ist wohl kaum denkbar, als daß heute am Bußtage die „Nordb. Allg. Ztg.“ sich anmaßt, die politischen Parteien zur Selbsterkenntniß und zur Besserung zu mahnen, die politischen Parteien allesamt, auch die der konservativ-kerikal-polnischen Mehrheit, sollen aufhören, „dem Korps-

Bayreuther Brief.

Bei meiner diesmaligen Ankunft in dem Nekke der Gegenwart war der Prophet selbst noch abwesend. Er sammelte im fernen Süden Kräfte für die große Aufgabe des Sommers. Gewiß, er hatte es nötig. Es war kein Kleines, eben noch in der ersten Stunde die Komposition des genialen Werkes zu vollenden, das uns im Juli und August entzücken soll. Und was wird es nun noch für physische und geistige Stärke erfordern, wenn dieses Werk im Sinne seines Schöpfers und so vollendet, wie er es wünscht und versprochen hat, zur Darstellung gelangen soll! Sie wissen so gut als ich von 1876 her, wie Richard Wagner bei diesen Aufführungen Alles in Allem that, wie er die Proben nicht bloß leitete, sondern mit seinem Geiste geradezu durchdringt, Sänger und Musiker zum höchsten Willen und damit auch zum besten Können begeistert, wie auch bei den Vorstellungen er und nur er allein Alles anging und dirigirt, auch wenn er scheinbar ruhig und nur genießend unter den andern Zuschauern sitzt. Ich hatte durch einen glücklichen Zufall in einer der Aufführungen von 1876 meinen Platz in seiner nächsten Nähe bekommen. Erst im letzten Moment kam er in den Zuschauerraum; hinter ihm wurden die Thüren geschlossen. Bis dahin war er im Orchester, auf der Bühne, bei den Versenkungen, auf dem Schnürboden gewesen, Kapellmeister und Regisseur zugleich, ermunterte, ordnete an, besserte, belebte durch sein Wort und sein Beispiel. Beim Abschlusse war er verschwunden, ehe noch die letzten Klänge der Musik verhallt waren und nun trieb er wieder dasselbe Wesen unter den mitwirkenden Künstlern, d. h. die Trompeten von Neuem zum Beginn der Vorstellung riefen. Und während dieser vollenden, mit welcher Spannung und Sorgfalt folgte er den Vorgängen auf den Brettern! Ich entsinne mich, daß einmal der Maschinist bei einer Verwandlung im Begriffe stand, eine falsche Dekoration aufzuhängen. Es war nur ein Augenblick, dann erkannte und verbesserte er seinen Irrthum. Die wenigsten von den Zuschauern merkten es. Aber Wagner, sobald der äußerste Saum der unrichtigen Kulisse sichtbar wurde, sprang auf und war mit zwei Sägen an der Thüre. Dort sah er, daß dem Unglück schon abgeholfen war und kehrte auf den Beinen zu seinem Sitze zurück. Und erinnern Sie sich noch der mannichfaltigen, mitunter recht ergötzlichen Zwischenfälle bei den paar Proben, denen wir zusammen anwohnten? Wie der Sänger des Alberich am Ende der ersten Szene des „Rhein-

gold“ die Fallmaschine nicht zu besteigen wagte und Wagner ohne langes Besinnen sofort selber dem Erschrockenen den jähen Fall in die graue Tiefe vormachte? Oder wie er die Schaar der Nibelungen, die doch wahrlich vorzüglich geschult zur Probe kamen, in kürzester Frist förmlich umgewandelt hatte, so daß beim Anblick dieser hastig herbeifriedenden Zwerge kein Mensch geahnt hätte, was für kräftige und stattliche Männer die Darsteller zum Theil waren? Oder wie er ein anderes Mal im dritten Akt der „Walküre“ den Chor seiner acht Schlachtungsfrauen mit uner müdeter Sorgfalt einstudierte? Es wird ihm heuer kaum leichter werden; der „Parfissal“ stellt den ausführenden Künstlern keine geringeren Aufgaben als der „Ring des Nibelungen“ und ist reicher an Chören und, wenn ich so sagen darf, an Ensemblestücken als jener. Diese aber machen jederzeit die größte Mühe.

Ich halte diese Anstrengungen aber gar nicht für das Schlimmste, was dem Meister im kommenden Sommer bevorsteht. Die gehen den Künstlern und die Verwirklichung seiner Idee an; die erquicken zugleich, während sie ermüden. Aber das geistreiche und noch öfter geistlose Geschwätz so vieler Bewunderer anhören zu müssen, denen man bei aller Vorsicht nicht ausweichen kann, dazu oft das Geplauder von Leuten, die es mit dem, was sie sagen, gar nicht einmal recht ernst meinen oder die schließlich die letzte Absicht Wagner's doch nicht völlig verstanden haben — dazu gehört nicht bloß Geduld, dazu gehören auch stählerne Nerven. Wagner hält Manches aus, was die Kräfte eines anderen Menschen übersteigt; dennoch hat er vermutlich Recht, wenn er sich jetzt für diese Arbeit besonders stärkt.

Nun denn, Wagner also konnte ich in Bayreuth nicht sehen, aber mehrere seiner künstlerischen Freunde und Jünger. Ich habe den einen und andern von ihnen besucht und will Ihnen genau darüber berichten. Daneben aber habe ich mich tüchtig in Bayreuth selbst umgesehen. Sie wissen, ich bin seit 1876 nicht mehr dort gewesen, und wenn ich auch dazumal ein paar Wochen daselbst verweilte, so hatte man doch damals mit der Kunst und den Künstlern so viel zu thun, daß ich mehrere Sehenswürdigkeiten in Bayreuth und namentlich in der nächsten Umgebung gar nicht kennen lernte. Und verändert hat sich ja auch so Manches in dem Städtchen.

Gleich den Bahnhof fand ich völlig verwandelt.

Was war das nicht 1876 für ein Gedränge und Gezwänge, überall Mangel an Platz! Das Vorhandene reichte aus, weil man sich behalf und jedes Fleckchen ausnützte. Aber bequem war es nicht. Jetzt ist der Bahnhof um das Doppelte vergrößert, die Verbindungsstraße zwischen Bayreuth und der Vorstadt St. Georgen, die früher über die ganze Schienenreihe führte, unter den Bahnhöfen verlegt und ein neues, großes Stationsgebäude errichtet, das den weitesten Raumbedürfnissen entspricht und einem doppelt so großen Fremdenandrang, wie der im Jahre 1876 war, ohne Zweifel genügen wird. Freilich mündet außer den beiden früheren Bahnlinien von Neuenmarkt (Bamberg—Hof) und Weiden (Regensburg—Eger) her nun noch eine dritte von Nürnberg aus hier ein.

Ich fuhr zum Gasthof und beschloß, im Laufe des Nachmittags mich noch in den Straßen etwas umzusehen. Ein fanatischer Wagnerianer würde sich dieser Sünde freilich nie schuldig gemacht haben. Der wäre sofort zu des Musentempels weihlichen Hallen geeilt. Aber mit diesen Fanatikern, über die Wagner selbst lachen würde, sähe er all die Albernheiten, die sie begehen; mit diesen verwechseln Sie hoffentlich mich nicht. Ich sah mir also zunächst Bayreuth wieder einmal an und verschob den Besuch des Theaters auf den kommenden Morgen.

Was ist seit 1876 nicht Alles neu entstanden! Vom Bahnhof herein nach den verschiedenen Seiten der Stadt neue Straßen mit hohen, imposant und elegant aufgeführten Häusern, neben Wagner's Wohnhaus eine neue Straße von Gebäuden, meist im Villenstil, von Gärten umgeben, am gegenüberliegenden Ende der Stadt noch einmal eine Reihe von Häusern, die sich um eine mächtige neue Kaserne herum gruppieren. Wahrhaftig, an Wohnungen wird es heuer nicht fehlen. Mit Ausnahme der ersten Vorstellungsserie, wo Alles überfüllt war, weil die Landbevölkerung der ganzen Umgegend den deutschen Kaiser sehen wollte, war schon 1876 kein eigentlicher Mangel an Wohnungen; heuer stehen sicherlich ein paar hundert Zimmer mehr als damals den Fremden zur Verfügung. Doch nicht bloß vergrößert, auch verschönert hat sich die Stadt. Bessere Pflasterung, hübschere Trottoirs, bequemere und schönere Brücken sind Vortheile, die man schätzen lernt. Erinnern Sie sich noch der schmalen Brücke am Anfang der Jägerstraße, vor der beim Beginn und beim Schluß der Vorstellungen 1876 so oft der ganze Troß der Wagen und Fuß-

geht zu fröhnen", statt dem Interesse des Vaterlandes zu dienen, — die unfruchtbare Doktrin höher zu stellen, als die praktische Anforderung u. s. w. Und das geschieht, nachdem die gestrigen Verhandlungen des Abgeordnetenhauses klar gelegt haben, daß der Wille des Kanzlers „fern von Madrid", an die hier versammelten Parlamente Anforderungen stellt, deren Zweckmäßigkeit Niemand im Parlament als der Herr Minister von Puttkamer zu behaupten, — und auch nicht einmal dieser nachzuweisen unternimmt. Wer den neulichen Verhandlungen des Reichstags über die anzuberaumende nächste Sitzung und den gestrigen des Abgeordnetenhauses beigewohnt hat, muß die Ansicht gewonnen haben, daß der Reichskanzler selbst, wäre er gestern anwesend gewesen, zu der Ueberzeugung gelangt sein mußte, daß er eben doch nicht Alles durchsetzen kann, und daß er dem offenen und aktiven Widerstande der unabhängigen Parteien und gleichzeitig dem passiven Widerstande der ihm ganz und gar ergebenden konservativen Parteien Rechnung tragen muß. Die Redensarten der „Nordb. Allg. Ztg." können darin nichts ändern; sie werden bei allen Parteien nur Achselzucken hervorrufen. Die Sachlage ist an sich gestern klar genug geworden. Der Reichstag ist zusammenberufen, in erster Linie des Tabakmonopols halber, obgleich Jedermann im Volke weiß, daß die große Mehrzahl der Reichstagsabgeordneten den Wählern gegenüber sich auf das Allerbestimmteste gegen das Monopol erklärt hat. Alle Welt und voran der Reichskanzler hat bisher mit der größten Entschiedenheit ausgesprochen, daß ein gleichzeitiges Tages des preussischen Landtags und des Reichstags nur im äußersten Nothfalle und nur auf wenige Tage möglich, sonst aber geradezu unerträglich ist und fast auf eine Mißhandlung der nichtpreussischen Reichstags-Abgeordneten hinausläuft. Das preussische Abgeordnetenhaus, zur Zeit so günstig für die Regierung zusammengekehrt, wie noch niemals ein Abgeordnetenhaus seit der berühmten oder berühmten Landrathsversammlung von 1855 bis 1858, hat unter governementaler Leitung mit größtem Eifer seit Mitte Januar die nothwendigsten parlamentarischen Geschäfte erledigt; die Mehrheit hat dies nur möglich gemacht durch ziemlich rücksichtslose Behandlung der Minorität, welcher der staltliche Führer der „Geschäfte führenden" Mehrheit sein klassisches „Nube in der Minorität" zurief und ihr dadurch Veranlassung zu langandauerndem Gelächter gab. Jetzt verlangt nun plötzlich der Reichskanzler, daß der preussische Landtag neben anderen Arbeiten vorzugsweise in Kommissionen und im Plenum beider Häuser (unbekümmert um den Reichstag) erledige: 1. das sogenannte zweite Verwendungsgezet, das Gesetz „betreffend die Verwendung der in Folge weiterer Reichssteuerreformen an Preußen zu überweisenden Geldsummen", also über die Verwendung von Geldern aus Reichssteuern, die noch nicht bewilligt sind und, wie Jedermann weiß, von diesem Reichstage niemals bewilligt werden; 2. die hannoversche Kreis- und Provinzialordnung, die nach der Meinung der ihr günstigen Parteien eine Klausel erhalten soll, wonach sie erst in Kraft tritt, wenn in Zukunft andere große Gesetze mit Hilfe eines ganz anders zusammengesetzten Abgeordnetenhauses sollten erlassen werden. Wahrlich solche Zumuthungen an die Geduld und die Arbeitsfreudigkeit der Volksvertretung sind noch niemals gestellt. Und nun die Form, in der Herr von Puttkamer diese Forderungen geltend macht! Wahrlich — kein verwendbarer Ausdruck kann den Eindruck schildern, den diese Dinge auch auf gemäßigste, launfromme, geduldige Parlamentarier machen!

— Die „Lib. Korresp." schreibt: „Zu den lodenden Versprechungen, mittelst deren das Tabakmonopol mundge-

recht gemacht werden soll, gehört auch das auf die Erhaltung der Hausindustrie bezügliche. Selbstverständlich steht in dem Texte des Monopolgesetzes nichts davon. In der Begründung heißt es: „Mit Rücksicht auf die große Ausdehnung der Zigarrenfabrikation in Deutschland ist dauernd der Bestand zahlreicher Fabrikalien neben den großen Hauptfabriken nothwendig. Außerdem soll auch, soweit es thunlich erscheint, die Hausindustrie forterhalten bleiben. In dem Kapitel, welches von den Entschädigungen handelt, ist demnach von den Hausarbeitern keine Rede. In der monopolfreundlichen Presse wird unter Weglassung des einschränkenden Zusatzes „soweit thunlich" die Erhaltung der Hausindustrie als feststehend betrachtet. Wer aber wissen will, was die Worte „soweit thunlich" bedeuten, der möge die heute in der „Nordb. Allg. Ztg." veröffentlichte Zuschrift „aus Sachreisen in Sachsen" aufmerksam lesen, in welcher nachgewiesen wird, daß die Zigarren-Hausindustrie für den Arbeiter und dessen Familie gesundheitschädlich und demoralisierend und für die Konsumenten gefährlich ist. Die Hausindustrie, welche die Reichsregierung „soweit thunlich" erhalten will, muß also im allgemeinen Interesse baldmöglichst beseitigt werden; dafür haben Alle zu sorgen, denen „das wahre Wohl des Volkes am Herzen liegt." So steht es in der „N. A. Ztg." zur Warnung für Alle, welche geneigt sein sollten, dem Versprechen der Motive, die Hausindustrie solle, soweit es thunlich erscheint, forterhalten bleiben, irgend einen Werth beizulegen. Sobald das Monopol eingeführt ist, werden die „wahren Freunde des Volkes" schon dafür sorgen, daß die Hausarbeit, diese Quelle des Siechthums in den Arbeiterkreisen verstopft wird. Die Hausarbeiter mögen demnach dem Rath des Unterstaatssekretärs v. Mayr an „Meliorationsgräben" arbeiten, oder wenn sie das nicht können, zu Grunde gehen."

— Als liberale Stimmen bei der Ernennung des Herrn v. Puttkamer zum Minister des Innern der Ansicht Ausdruck gaben, daß damit die Sistirung der Verwaltungsreform zum System erhoben sei, wurde dieser Verdacht mit der Gesittlichkeit Entrüstung zurückgewiesen. Davon, was man jetzt im Ministerium des Innern unter Selbstverwaltung versteht, giebt der Gesetzentwurf betr. die Vertretung des lauenburgischen Landeskommunalverbandes eine charakteristische Probe. Auf den ersten Blick erscheint es freilich außerordentlich reformfreundlich, wenn der Minister des Innern die vom Abgeordnetenhaus beschlossene Fortdauer des Provisoriums, d. h. der Ritters- und Landtschaft des Herzogthums Lauenburg über den 1. Oktober d. J. hinaus, als unzulässig bezeichnet. Eine Kreisversammlung nach Maßgabe der Bestimmungen der Kreisordnung für die östlichen Provinzen wäre ohne Zweifel eine sachgemäßere Vertretung als die jetzige. Gegen diese „Reform" würde auch Niemand etwas einwenden. Man muß sich aber vergegenwärtigen, daß Lauenburg bezüglich seines Dotationsfonds ganz selbständig ist, daß seine Kommunalverwaltung eine sehr ausgedehnte und verantwortungsvolle ist, und daß nach der Regierungsvorlage irgend welche staatliche Funktionen der Kreisvertretung bezw. dem Kreis-ausschusse nicht übertragen werden sollen. Soweit das in der Kreisordnung von 1872 geschieht, ist es gerechtfertigt, Staatsbeamten, wie z. B. dem Landrath, außer dem Vorstiz auch einen direkten Einfluß auf die Verwaltung einzuräumen. Die lauenburgische Kreisvertretung würde dieselbe Kompetenz haben, wie die jetzigen landständischen Vertretungen; der Unterschied würde nur der sein, daß in Zukunft ein direkter Staatsbeamter, der Landrath nämlich, an der Spitze der Kreisverwaltung stehen würde, während jetzt diese Funktion einem von der Regierung

unabhängigen landständischen Beamten obliegt. Offenbar würde das eine Verfassung auf die „Selbstverwaltung" sein. Heute handelt es sich keineswegs um ein halb vorübergehendes Provisorium. Die Motive der Puttkamer'schen Vorlage gestehen ja zu, daß auf das nahe Zustandekommen einer Kreisordnung für Schleswig-Holstein nicht mehr gerechnet werden könne, „da nicht zu ermessen ist, ob über die Grundzüge der Revision des Organisationsgesetzes ein Einverständnis unter den Faktoren der Gesetzgebung in Bälde zu erzielen sein wird, und da die Verständigung über ein Zuständigkeitsgesetz, wie der Versuch vom Jahre 1881 gezeigt hat, mit großen Schwierigkeiten verbunden ist."

— Ueber die Abstimmung der Regierungen im Bundesrath betreffs des Tabakmonopols erhält die „N. Z." folgende authentische Mittheilung: „Die bayrische Erklärung lautete authentisch dahin: „daß die königliche bayrische Regierung mit dem Gedanken einer weiteren Entwicklung des Systems der indirekten Besteuerung im Reiche und insbesondere auch mit der stärkeren Heranziehung des Tabaks vollkommen einverstanden sei, sich aber durch die zur Zeit vorliegenden Anhaltspunkte nicht überzeugen könne, daß das Monopol zu dem gewünschten finanziellen Ergebnis führen werde. Sie glaube deshalb dormalen einer Steuerreform, durch welche sich höhere Erträge aus dem Tabak ohne tiefgreifende volkswirtschaftliche Rückwirkungen erzielen lassen, den Vorzug geben zu sollen." Sachsen stimmt „im Hinblick auf die schweren volkswirtschaftlichen und sozialen Bedenken dagegen." Baden, Hessen, Oldenburg, Neuchâtel, betonen hauptsächlich die Schädigung der ausgebreiteten Tabakindustrie in diesen Staaten durch Einführung des Monopols. Bremen läßt ausdrücklich erklären, „daß die Einführung des Reichstabakmonopols nothwendiger Weise den wirtschaftlichen und finanziellen Ruin des Bundesstaats Bremen herbeiführen werde. Es sei abgesehen bekannt, . . . daß die Bedeutung Bremens als eine Handels- und Seestadt mit dem baselst konzentrierten großartigen Tabakgeschäft so eng und unauf löslich verknüpft sei, daß die Zerstörung dieses wesentlich auf die Versorgung Deutschlands beruhenden mit dem Bestehen eines Reichsmonopols unvereinbaren Geschäftsweiges die Existenzgrundlagen des gesammten Bremischen Handels in verhängnisvoller Weise erschüttern müßte". Der Senat bitte daher, diesem Momente das gebührende Gewicht beizulegen. — Württemberg, Sachsen-Weimar und Braunschweig erklären, daß die Finanzlage des Reiches und der Einzelstaaten bringend einer Einnahme-Vermehrung bedürften und das Tabakmonopol der geeignetste Weg dazu sei. Sachsen-Weimar verkenne nicht die Schädigung der Tabakindustrie, verlange aber, daß dies Bedenken vor den augenscheinlichen Interessen des Reiches zurücktrete, zumal da die Einführung mit besonderer Schonung der vorhandenen industriellen Benachtheiligungen erfolgen soll."

— Der erste Gegenstand, welcher den Reichstag beschäftigen wird, die Abänderung der Gewerbeordnung, dürfte zu sehr eingehenden Debatten führen. Die Vorlage, welche auf der Linken des Reichstages sehr lebhaftem Widerspruch begegnet, geht den Konservativen nicht weit genug. Sie beabsichtigen mindestens Anträge auf erhebliche Beschränkung der Gegenstände für den Hausirhandel in dem Umfange, wie ihn der preussische Volkswirtschaftsrath wünschte, und im Großen und Ganzen in der Richtung hin vorzuschlagen, daß bezüglich des Hausirhandels der Zustand wie vor Erlass der jetzigen Gewerbeordnung wieder hergestellt werde. — Für die Vorlage betr. die

gänger sich staute? Sie ist jetzt beseitigt und an ihre Stelle ein außerordentlich breiter Platz getreten, unter dem der Fluß, Niemand mehr störend, dahinstreift. Oder wie sehr zu seinem Vortheil hat sich durch neue Straßenanlagen der neue Weg, das häßlichste und verrufenste Viertel von Bayreuth, verändert!

Auch Wagner's Wohnhaus macht jetzt einen freundlicheren Eindruck, als vor sechs Jahren. Die Bäume, die es umgeben, sind hoch aufgeschossen, kleine Stämmchen mehr, sind dicht belaubt und umschließen das Künstlerheim mit einem frischen Laubkranz. Die breiten Gemüthebeete, die sich ziemlich ungeschön vor dem Eingang ausdehnten, haben sich in schmutzige Rasenflächen verwandelt. Ins Innere des Besitzthums einzudringen, ist Unberufenen nicht gestattet, und vier drohende Hunde springen mit lautem Gebell dem Vorwärtigen entgegen, der sich innerhalb des umschließenden Gitters wagt. Aber durch die neu errichtete Seitenstraße neben dem Hause ist nun auch ein Blick in den herrlich blühenden Park hinter dem Hause ermöglicht, der nach den Aufführungen von 1876, damals noch ziemlich niedrig stehend, die Freunde und Anhänger des Meisters in seinen Schattengängen zu einem so einzigartig genussreichen Abend vereinigte. Noch immer ist mir gegenwärtig, wie wir beim Licht der bunten Lampen einherzogen, die Kinder mit ihren Lampions voraus, mit ihnen in ausgelassenster Laune der Meister, der eben auch noch ein Licht bekommen hatte, und wie dann List in der großen Halle des Gebäudes durch den Zauber seines Spiels Alle fesselte, — es war ein kindlich einfacher, kindlich froher und doch im höchsten Sinn anregender Abschluß der festlichen Tage, die man soeben miteinander verlebt hatte, Jedem unvergesslich, der die Freude hatte, dabei zu sein.

Am Morgen nach meiner Ankunft ging ich zum „Wagner-Theater". Der Weg war mir früher oft recht sauer und besonders gar heiß geworden. Diesmal merkte ich nichts davon. Die Straße, die sich längs des Bahnhofes hinzieht, ist bei der Erweiterung desselben etwas zur Seite geschoben und zugleich gründlich verbessert worden. Namentlich leistet jetzt ein breites Trottoir dem Fußgänger die besten Dienste. Und, was die Hauptfrage ist, an Schatten ist kein Mangel mehr. Die Bäume, die vor sechs Jahren noch recht niedrig standen und gar dünn belaubt waren, sind nun hübsch in die Höhe und in die Breite gewachsen und stark genug, die heißen Strahlen der Nachmittagssonne abzuhalten. Auf dem ganzen Wege zum Theater sah ich graben und Höhlen

legen. Ich fragte, was man da mache, und hörte, daß noch eine Wasserleitung zum Theater und von da weiter zur Bürgerreuth geführt werde. Man hat bei Gelegenheit des entsetzlichen Unglücks im Ringtheater wiederholt hervorgehoben, das Bayreuther Festspielhaus sei das einzige Theater, in welchem man vor einem derartigen Unglück vollkommen sicher sei, weil das Haus durch seine zahlreichen, außerordentlich breiten Thüren (im Parquet allein zwölf) binnen einer Minute mit Leichtigkeit geleert sein kann. Es wären demnach neue Sicherheitsmaßregeln kaum nöthig gewesen. Die Bayreuther scheinen aber eher zu viel als zu wenig thun zu wollen. Denn auch außer dieser neuen Wasserleitung sind noch manche Vorrichtungen gegen Feuergefahr jüngst erst getroffen worden, wie man mir im Zuschauerraum und auf der Bühne zeigte. Eine genügende Anzahl von Delampfen ist angekauft worden; auf der Bühne hat man die bisherigen Holz- und Strickleitern mit Drahtleitern vertauscht, und was dergleichen Einrichtungen mehr sind. In den nächsten Tagen erwartet man Fritz Brandt, den Sohn des jüngst verstorbenen Darmstädter Maschinenbauers, der bei der Inszenirung der „Nibelungen" eine so hohe Meisterschaft bewährte. Nach dem Tode des Vaters übertrug Wagner dem Sohne, der gleichfalls 1876 schon viel beiseitigt war, die technische Einrichtung des „Parfais". Er wird zunächst die fertigen Dekorationen und Maschinen prüfen, aber auch sonst, wo es fehlt, eingreifen und die Rücksicht auf eine eventuelle Feuergefahr wird ihn vielleicht noch zu manchen neuen Vorkehrungen veranlassen. Doch ich eile mir selbst wieder voraus; ich bin ja noch gar nicht einmal im Theater. Ich stehe noch am Fuß des Hügels, auf dem es erbaut ist.

* **Bukarest, 28. April.** (Ein Liebes von 70 Jahren.) Herr Dumitru Petre lebte seit längerer Zeit in Unfrieden mit seiner Frau Maria. Der Grund dieser eheichen Misere ist ein etwas seltsamer. Maria ist ein niedliches, blondes, quecksilbernes Weibchen, Petre hingegen ein riesenhafter, plumper Geselle, der stark ausgeprochene, polganische Neigungen hat und der Ansicht ist, daß man dies einem solchen redenhaften Hünen wie ihm nicht übel nehmen dürfe. Petre ist von einer abstoßenden Gäßlichkeit; seine kleinen, wie zwei glühende Kohlen leuchtenden Augen liegen, von dichten Augenbrauen überhaftet, tief in den Höhlen; die Stirne ist klein und niedrig, die Nase eingedrückt, die Lippen finstlich aufgeworfen und die ganze plumpe Gestalt von einer solch' bärenhaften Ungelehrtheit, daß sie einem Naler als Modell zum Riesen Gargantua des Rabelais sitzen könnte. Aber der Geschmack der Weiber ist ein seltsames Ding, das sich in keine Formel

fassen läßt. Dieses junge, hübsche Weibchen liebte diesen ungeschlachten Gesellen mit einer tiefen Leidenschaftlichkeit, überwachte mit Argusaugen alle seine Schritte und gerieth außer sich, als ihr hinterbracht wurde, daß er der Nachbarin, Frau Naba, tiefer als gut war in die Augen gesaut. Diese Naba ist ein altes 70jähriges Mütterchen, welche schlecht hört, schlecht sieht, köstert und so gebüdt einbertricht, daß sie sich kaum von der Stelle zu bewegen scheint. Eines Tages nun will Frau Maria ihren Riesen in einer sehr zärtlichen Unterhaltung mit der „Baba" angetroffen haben. Der Riese schmor bei allen Seiten, daß kein wahres Wort daran sei, daß seine Frau geträumt haben müsse; aber die Letztere bestand nun einmal darauf, daß der Vorfall kein Hirngespinnst, sondern eine harte, verbrecherische Thatsache sei, und wenn ein Weib sich etwas in den Kopf setzt, so kann es ihr selbst ein Riese nicht austreiben. Frau Maria wollte, daß ihr Mann exemplarisch bestraft werde und strengte deshalb gegen denselben eine Klage wegen Betrugs an. Dieser Tage fand nun vor dem hiesigen Gerichte die Verhandlung über diese fommische Affäre statt. Eine allgemeine Heiterkeit, welcher sich auch die Richter nicht entziehen konnten, entstand, als die siebzehnjährige Baba Naba in die Gerichtshube hereinbumpelte und umhüllige Kreuze zu schlagen begann. Die Klägerin, vom Präsidenten aufgefordert, ihre Klage darzulegen, begann mit einer wunderbaren Zungenfertigkeit ihr Vieh zu klagen; sie schwur, daß sie das ehrlichste, aber auch das unglücklichste Weib der Welt sei; sie jammerte über die Gottlosigkeit ihres Mannes, der so wenig die Verle in seinem Hause zu würdigen wußte, und warf dem Riesen, der wie ein begossener Pudel da stand, ab und zu vernichtende Blicke zu. Nach schwerer Mühe gelang es endlich dem Präsidenten, dem dahinaufschreitenden Redestrom der unglücklichen Frau Einhalt zu gebieten. Der Riese murmelte auf die Frage des Präsidenten, was er auf die Anklage seiner Frau zu erwidern habe, daß dieselbe nicht recht bei Trosse sei, er wäre allerdings kein Muster von einem Ehemanne, aber daß er einen so verirrten Geschmack hätte, wie seine Frau weismachen suchte, würden die Herren Richter doch nie und nimmermehr glauben. Die Herren Richter konnten dies in der That auch nicht annehmen und sprachen daher die Angeklagten frei.

* **Ein Konul als Mädchenränder.** In Kairo hat sich vor einigen Wochen, wie die dortigen Blätter berichten, folgende pikante Affäre zugetragen: Die durch ihre seltene Schönheit allgemein bekannte sechszehnjährige Tochter eines griechischen Kaufmanns dieser Stadt machte eines Nachmittags in Begleitung ihrer Gouvernante und ihrer zwei Brüder eine Spazierfahrt vor die Stadt. Ihnen folgte bald eine Karosse, in der ein junger Mann mit zwei Dienern saß. Unterwegs verließ nun das junge Mädchen in Begleitung der Gouvernante den Wagen, um längs des Nilufers zu promeniren. Einige Minuten nachher verließ auch der junge Mann mit seinen Dienern die Karosse, worauf diese auf das Mädchen zuweilen, daselbst an den Armen ergreifen und mit Gewalt in die Karosse trugen, die nun schleunigst auf und davon fuhr. Der Vater des Mädchens avisierte sogleich die Polizei von dem Vorgefallenen, die noch am selben Abend die Geraubte in einem griechischen Rastehause, wo man sie verborgen hielt, auffand. Der Entführer war der in dieser Stadt residirende griechische Konul.

Abänderung des Zolltarifs werden von den verschiedensten Seiten Anträge zu den einzelnen Positionen vorbereitet, so daß sich auch nach dieser Richtung eingehende Debatten erwarten lassen. Es wird beabsichtigt, ganz besonders die gesamte Frage der Lebensmittelpreise bei dieser Gelegenheit einer erneuten Berathung zu unterziehen.

In der bekannten Angelegenheit der Krefelder Simultanschulen liegt jetzt der vom Abg. v. Bismarck erstattete Bericht der Unterrichtskommission vor. Es wird beantragte, die Petitionen von 3000 katholischen Familienvätern zur Aufhebung der Krefelder Simultanschulen der Regierung zur Berücksichtigung zu überweisen. In einem Anhang sind der Wortlaut der verschiedenen Petitionen und die Antworten der Ministerialräthe, von Puttkamer und von Gossler abgedruckt, welche den Petenten zu Theil geworden sind. In dem Schreiben des früheren Kultusministers von Puttkamer vom 25. März an einige Stadterordnete in Krefeld heißt es u. A.: „In Anbetracht der dortigen Verhältnisse halte ich indeß an der Ansicht fest, daß die gegenwärtige paritätische Organisation mehrfachen nicht unerheblichen Bedenken auch in pädagogischer Hinsicht unterliegt, und daß namentlich die durch die Simultanisierung bedingte Mischung der Geschlechter bis in die obersten Klassen vierklassiger Schulen hinaus als ein Fortschritt in der Entwicklung der Schulverhältnisse nicht zu betrachten ist, während das Lehrer- und Schülermaterial, die Anzahl und Lage der Schulhäuser die Einrichtung konfessioneller, zweckmäßig gegliederter Schulen in den meisten Stadttheilen ohne erhebliche Schwierigkeiten zulassen würden.“ — Da die Landtagsession auf mehrere Wochen verlängert ist, werden auch diese Petitionen noch zur Verhandlung im Abgeordnetenhaus kommen.

Dem „Hann. Cour.“ wird unter dem 29. v. M. von hier geschrieben: In der gestrigen, sehr zahlreich besuchten Versammlung der nationalliberalen Fraktion des Abgeordnetenhauses wurden die Vorschläge des Vorstandes wegen der Parteiorganisation für die bevorstehenden Landtagswahlen gut geheißen. Danach soll in Berlin ein offizieller Geschäftsführer bestellt werden, welchem für alle wichtigeren, namentlich eminent politischen Fragen ein aus 5 in Berlin wohnenden Parteimitgliedern bestehender leitender Ausschuss beigegeben werden soll; dieser bildet mit dem Geschäftsführer das Zentralwahlkomitee. Der Geschäftsführer wird auch die etwa erforderlichen Verhandlungen mit anderen Parteien zu führen haben. Es soll darauf hingewirkt werden, daß baldmöglichst und jedenfalls noch in diesem Sommer die Provinzial- und Lokalkomitees in Wirksamkeit treten und daß rechtzeitig über die aufzustellenden Kandidaten eine Einigung stattfindet. Auch wegen der Thätigkeit der Partei durch die Presse wurde das Erforderliche eingehend besprochen und festgestellt. Insbesondere soll auch parteiweit ein literarisches Unternehmen ins Leben gerufen werden, welches bei etwa zweimaligem Erscheinen in der Woche durch populäre und drastisch geschriebene Artikel wichtige politische resp. mit den Wahlen zusammenhängende Fragen im Sinne und Interesse der Partei erörtert und beleuchtet, wobei den auch nach Kräften darauf hinzuwirken ist, daß die kleinen Provinzialblätter, welche auf nationalliberalem Boden stehen, diese Aufsätze reproduzieren und dadurch die darin vertretenen Anschauungen derjenigen Bevölkerung, welche ihre politische Nahrung lediglich aus den Lokalzeitungen schöpft, zugänglich machen. Auch hinsichtlich verschiedener anderer die Wahlen betreffender Gegenstände, namentlich hinsichtlich des Verhältnisses zu den anderen, nahestehenden Parteien, wurden die zu befolgenden Grundsätze vereinbart, wobei allerdings je nach den besonderen Umständen des einzelnen Falls die spezielle Entscheidung der Lokalkomitees, eventuell nach vorgängiger Verhandlung mit dem Provinzial- resp. Zentralkomitee vorbehalten werden mußte.

Die Kommission des Abgeordnetenhauses hat über den Antrag Knebel und Genossen, betreffend die Lage des kleinen Bauernstandes in der Rheinprovinz, dem Plenum Bericht erstattet und sich auf den Antrag beschränkt, die Staatsregierung zu ersuchen, für die Rheinprovinz mit Rücksicht auf die vielfach bis zur Unmöglichkeit geübte Parzellenverpachtung und namentlich den hierdurch bedingten Flurzwang den baldmöglichsten Erlass eines Verpachtungsgesetzes in Aussicht zu nehmen. Der Vertreter des landwirtschaftlichen Ministeriums hatte die großen wirtschaftlichen Schäden der Verpachtung anerkannt, behält aber weitere Erwägungen darüber vor, ob und inwieweit die dem Erlasse eines Zusammenlegungsgesetzes in der rheinischen Hypothekenverfassung und dem französischen Recht entgegenstehenden Hindernisse zu beseitigen seien. Der derselben Kommission überwiesene Antrag von Düne und Genossen, betreffend eine Untersuchung über die Lage des Grundbesitzes in den einzelnen Provinzen wurde von der Kommission nicht angenommen; dagegen beschloß dieselbe einstimmig, die Regierung zu ersuchen, über die Art und Weise, in welcher die von dem Abg. von Düne und Genossen beantragte Untersuchung zur Ausführung gebracht werden könne, weitere Ermittlungen anzustellen und dem Landtage in der nächsten Session von dem Ergebnis derselben Mittheilung zu machen, nachdem sich bei der Berathung des Antrags herausgestellt hatte, daß die in dem Antrage aufgestellten Fragen noch nicht hinlänglich aufgeklärt seien, um ein abschließendes Resultat an dieselben anknüpfen zu können.

In der Plenarsitzung der Handelskammer von Silbesheim am vorigen Donnerstag kam der „S. A. Btg.“ zufolge zunächst ein Schreiben des Handelsministers (i. V. v. Böttcher) zur Verlesung, welcher nochmals darauf besteht, daß die Veröffentlichung der Jahresberichte erst vier Wochen nach ihrer Einreichung beim Minister erfolge, und für den Fall, daß sich die Handelskammer dem nicht füge, deren Auflösung in Aussicht stellt. Es wurde beschlossen, an dem in der vorigen Plenarsitzung gefaßten Beschlüsse festzuhalten und an der bisherigen Art der Veröffentlichung der Jahresberichte nichts zu ändern.

Der Beschluß des Abgeordnetenhauses vom 14. März, durch welchen die Stellung der Dotation für die altkatholische Gemeinschaft im preussischen Staatshaushalts-Etat geändert worden ist, hat viele Mitglieder dieser Gemeinschaft peinlich berührt und den Bischof Reinkens zu einer Besprechung der Angelegenheit in einem Briefe (im amtlichen altkatholischen Kirchenblatt Nr. 5) veranlaßt. Nach Anführung

der bisherigen Geschichte der betreffenden Etatsposition und der Motivierung der beschlossenen Aenderung aus den Verhandlungen vom 14. März erklärt die Ansprache:

Nach der preussischen Verfassungs-Urkunde vom 31. Januar 1850 Artikel 99 hat das jährliche Staatshaushaltsgesetz lediglich den Zweck der Feststellung der Einnahmen und Ausgaben des Staates für ein einzelnes Jahr. Schon darum ist es gänzlich unthunlich, aus demselben Folgerungen herzuleiten, wie sie von einzelnen Blättern gemacht worden sind: es ist absurd, zu behaupten, daß die Alt Katholiken nicht mehr als Katholiken anerkannt, zu einer Seite degradirt seien, weil die Position über die ihnen zuzuwendende Jahressumme jetzt unter 116 a statt unter 116, steht. Die Alt Katholiken, ihre Synodal-Representanten und ich als katholischer Bischof habe keine Veranlassung, gegen die Grundsätze öffentlicher Blätter Schritte zu thun, welche, sei es aus Unkenntnis, Oberflächlichkeit oder Böswilligkeit die Alt Katholiken zu verlegen, anzugreifen, nicht mehr als Katholiken anzuerkennen sich bemühen, und auf diese Art geschnitten oder thatsächlich dem Ultramontanismus Hülfe leisten. Das Staatsgesetz vom 4. Juli 1875 erkennt ausdrücklich die Alt Katholiken als Mitglieder der katholischen Kirchengemeinden an, bezeichnet sie im § 8 ausdrücklich als Katholiken. Der Ausdruck Alt Katholik ist lediglich von uns selbst gewählt, um uns von den Neukatholiken, den Vatikanern, zu unterscheiden, er ist kein geistlicher; ein geistlicher ist nur alt Katholische Gemeinschaft, welcher, wie aus dem genannten Gesetze sonnenklar hervorgeht, gewährt wurde, um die in den katholischen Kirchengemeinden vorhandenen Gemeinschaften zu bezeichnen, welche das Vatikanum, den „unfehlbaren“ und mit der Allgewalt über die ganze Kirche versehenen Papst nicht anerkennen. Die einzelnen Mitglieder alt Katholischer Gemeinschaften waren und werden bleiben Katholiken, sie sind und heißen geistlich Katholiken.

Die Ansprache führt sodann den Wortlaut des königlichen Patentes vom 19. September 1873 an, welches „den ordentlichen Professor in der katholisch-theologischen Fakultät der Universität zu Breslau, Dr. Joseph Hubert Reinkens, auf Grund der am 4. Juni dieses Jahres in Köln stattgefundenen Bischofswahl und der ihm am 11. August dieses Jahres in Rotterdam durch den Bischof von Deventer erteilten Konsekration als katholischen Bischof hiermit und in Kraft dieses anerkennt“, und fügt hinzu:

In Preußen gilt für jeden das Königswort hoch und unverbrüchlich; an ihm zu rütteln und zu deuten darf Niemand wagen; jeden derartigen Versuch muß nach des Königs Willen die Staatsregierung mit allen gesetzlichen Mitteln abwehren. Da nun mein allergnädigster Kaiser, König und Herr mich als katholischen Bischof in feierlichster Form anerkannt, allen, wie es im Patente heißt, bei Vermeidung königlicher Ungnade und schwerer Abmahnung befiehlt, mich als solchen anzuerkennen und zu achten: so würde man annehmen müssen, daß sich des Königs Regierung über des Königs Wort und Willen hinwegsetzen könne, wenn man auch nur die Möglichkeit zugebe, daß jemals die Staatsregierung eine Verletzung dieses allerhöchsten Patents ruhig hinnehmen oder gar anerkennen werde.

Zum Schluß heißt es darauf noch:

Es ist jetzt meine Pflicht, offen zu euch zu reden. Ich habe geschwiegen, obwohl zahllose Insulte und Angriffe gegen uns stattfanden, ohne daß uns ein Schutz dagegen gewährt wurde. Nachdem man aber den obigen Vorgang in der geschilderten Weise auszuheben gesucht hat, ist es Zeit, das Schweigen zu brechen. Dies zu thun, fordert noch eine andere Erwägung. Unsere Gegner zeichnen sich nicht bloß aus durch ein bis zur Gemeinheit rücksichtsloses Betragen gegen uns, das wir nach Christi Worten verzeihen, sondern durch eine stets sich steigende Maßlosigkeit ihrer Forderungen. Alljährlich fordert das Zentrum, daß die in Rede stehende Position des Staats einfach gestrichen, eventuell anders gestellt werde. Wer bürgt dafür, daß nach dem ihm 1882 dies in oben angeführter Weise gelungen ist, nicht für das nächste Budget wieder ein neuer Antrag in der Absicht, uns zu schädigen, in Scene gesetzt werde? Sollte auch die Annahme fernerer Anträge nicht zur Erreichung des beabsichtigten Zweckes dienen, so würde doch leicht wieder eine ähnliche Beunruhigung eintreten können. Aus diesen Gründen halte ich für Pflicht, mich an jene Stelle zu wenden, von der ich vollen Schutz erwarten darf. Vertrauet darauf, daß ich unsere Rechte wahrer werde. Aber macht mir das selbst nicht schwer. Wenn euch irgendwo zu nahe getreten wird, dürft ihr nicht dann erst mich in Kenntniß setzen, wenn es zu spät ist, nicht erst selbst Umarmungen treffen oder Schritte thun, welche sich nicht gut machen lassen. Soll ich helfen, so kann es nur dann erfolgreich geschehen, wenn mir durch sofortige Mittheilung und genaue Information die Möglichkeit geboten wird. Wir dürfen nicht mit Waffen kämpfen, die des Christen unwürdig sind, aber wir dürfen und werden aufhören, Rücksichten zu nehmen, welche der Gegner als Schwäche auslegen könnte und die ihn nach der Erfahrung bewegen würden, mit desto größerer Rücksichtslosigkeit vorzugehen. In diesem Geiste werde ich im Einverständnis mit der Synodalrepräsentanz und ich hoffe mit Zustimmung der ganzen altkatholischen Gemeinschaft fortan handeln, da die Zeit der Geduld ihr Ende finden muß.

Der „Reichsanzeiger“ publizirt eine kaiserliche Verordnung vom 18. April c., monach die Formulare einer Marschroute für Kriegsverhältnisse festgesetzt werden, nach welchen fortan die Ausstellung der Marschroute vom Tage der Mobilmachung ab bis zum Wiedereintritt des Friedenszustandes zu geschehen hat.

Es wird im „Reichsanzeiger“ darauf aufmerksam gemacht, daß die in England beglaubigten Exemplare Aellicher Petroleumprober für die in Gemäßheit der Kaiserlichen Verordnung vom 24. Februar d. J. erforderlichen Untersuchungen des Petroleums aus seine Entflammbarkeit im Allgemeinen nicht geeignet sind. Die englischen und die deutschen Bestimmungen über die maßgebenden Entflammungspunkte sind nämlich von einander verschieden; es ist mithin eine ausreichende Sicherheit dafür nicht vorhanden, daß die Angaben von Petroleumprobern, welche nur für den in England maßgebenden Entflammungspunkt geprüft und beglaubigt worden sind, auch bei den in Deutschland vorzugsweise in Betracht kommenden Anwendungen unter einander und mit den Angaben der in Deutschland beglaubigten Prober übereinstimmen.

Großbritannien und Irland.

London, 2. Mai. [Bedrohung der Königin mit dem Tode.] Vor dem Justizpolizeigerichtshof in Bow Street stand am 29. v. M. ein Telegraphenbeamter namens Young, angeklagt, die Königin schriftlich zum Zwecke der Gelderpressung mit dem Tode bedroht zu haben. Er fandte an den Sekretär Ihrer Majestät, Sir S. Ponsonby, einen Brief, der folgendermaßen anfing:

„Madame! Ich bin ein römisch-katholischer Priester und habe in meiner Pfarrei fünfzig von ihren Gütsberren ausgewiesene Pächter. Diese fünfzig haben sich zu Ihrem Verderb geeinigt, da sie Sie an ihrem Unglück für schuldig halten. Sie versprechen aber nach Amerika auszuwandern nach Empfang von je 40 £ zur Verbreitung ihrer Meßklofen. Dieser Betrag muß innerhalb dreier Wochen an eine Mittelsperson ausgeliefert werden, sonst werden sie ihre Anschläge gegen Ihr Leben ins Werk setzen.“

Am die Befreiung dieser Summe zu erleichtern, rath der Schreiber den Mitgliedern der königlichen Familie, gemeinschaftlich zusammenzusteuern. „Fragen Sie Prinz Leopold“, so fügt

er hinzu, „wie ihm eine Kugel durch den Kopf an seinem Hochzeitstage behagen würde“ u. s. w. In einer Nachschrift wird Sir S. Ponsonby gebeten, der Königin den Brief zu überreichen. Wenn er dem Inhalte desselben jetzt keinen Glauben schenke, werde er es jedenfalls dann thun, wenn er eines Tages folgende Botschaft erhalte: „Prinz — ermordet. Mörder ergriffen.“ Der geistreiche Verfasser dieses Briefes ist ein schäbig aussehendes Individuum mit einer furchtbaren Narbe im Gesichte. Vor Gericht zitterte er und gab sich Mühe, seine Handschrift abzuleugnen, was ihm aber nicht gelang. Die Untersuchung wurde vertagt.

Rußland und Polen.

Moskau, 26. April. [Die Verhaftung Robosjew = Bogdanowitsch] hat der Regierung dazu verholfen, einen großen Fang zu thun. Daß Robosjew ein Jahr lang in Moskau wohnen konnte, charakterisirt am besten die gegenwärtige Polizei-Verwaltung. Die Maßregeln werden strenge gehandhabt gegen die — Juden, den Nihilisten legen sie keine Schwierigkeiten in den Weg. Robosjew hatte hier nichts Geringeres vor, als die elektrische Beleuchtung des Kreml während der Krönungsfeierlichkeiten zu übernehmen! Seine dieses Unternehmen betreffenden Pläne erweckten endlich den Verdacht der Behörde und man ließ Bogdanowitsch-Robosjew beobachten. Ein Mitglied der Detektiv-Polizei logirte sich neben der Wohnung Robosjew's ein und belauschte seinen Nachbar durch die Ofen-Ventilation. Die von Robosjew geführten Gespräche mit verschiedenen ihn besuchenden Persönlichkeiten genügt, um dessen Verhaftung vorzunehmen. In derselben Zeit wurden 300 Nihilisten hier verhaftet und erwarten nun in der Peter-Pauls-Festung in Petersburg ihr Schicksal. Bei der in der Wohnung Robosjew's vorgenommenen Hausdurchsuchung fand man eine Anzahl russischer Bauernmützen, deren Dedel mit Sprenggeschossen gefüllt waren! Bekanntlich begrüßt das russische Volk seinen Zaren durch das Indielustwerfen der Mützen und was ist nahe-liegender, als daß solche zu Füßen des durch ein von seinem Volke gebildetes Spalier fahrenden Monarchen fallen? Dieser, von kompetenter Seite mitgetheilte allerneueste Attentatsplan mag die Regierung veranlaßt haben, den bekannten General Trepow hierher zu delegiren, um Moskau von den Nihilisten zu säubern.

Telegraphische Nachrichten.

Petersburg, 4. Mai. Der „Regierungsanzeiger“ berichtet über die Judenwahlen in Gombine, Gouvernements Warschau, wo zwei Läden und eine Schänke, und in Jaszynowoslaw, wo drei Schänken und ein Laden zerstört wurden; in Gombine wurden allein 16 Ruhestörer verhaftet. (Wiederholt.)

Telegraphischer Specialbericht der „Posener Zeitung“.

Berlin, 4. Mai, Abends 7 Uhr.

Das Abgeordnetenhaus nahm die Kirchenvorlage in der Fassung des Herrenhauses artikelweise und im Ganzen an. Im Laufe der Debatte erklärte der Kultusminister, was die Mehrheit anlangt, welche für das Gesetz stimme, so sei nicht zu übersehen, daß die Regierung niemals danach fragen dürfe, wer ihr die Vorlage biete. Hier seien mit Ausnahme eines Artikels alle übrigen der Zustimmung der Liberalen begegnet; es wäre leicht möglich gewesen, mit ihnen ein Gesetz zu vereinbaren, was ihrer nicht geschähe sei. Die Regierung nehme daher, was ihr geboten werde, weil sie damit den Frieden zu erreichen hoffe, dessen Herbeiführung ihre Aufgabe sei.

Das Abgeordnetenhaus genehmigte die noch ausstehenden Paragraphen des Hundesteuergesetzes mit unerheblichen Abänderungen ohne Debatte in zweiter Lesung. Am Sonnabend Verwendungsgeß und Hundesteuer.

Ueber das gleichzeitige Tagen des Reichstags und des Landtags sagt die „Provinzial-Korrespondenz“: Die diesjährigen Erfahrungen sind geeignet, die früheren Auffassungen der Regierung zu bestätigen und zu bekräftigen. Mögen dieselben beitragen, die Bereitwilligkeit der Parlamente zum einzigen Mittel der Verhinderung der Uebelstände, das Budget immer alle zwei Jahre zu berathen, zu fördern. Die „Provinzial-Korrespondenz“ sagt bezüglich des Gerichts, die Regierung wolle noch eine zweite kirchenpolitische Vorlage machen, um mit Hilfe einer anders zusammengefügten Mehrheit die bisher nicht durchgesetzten Bestimmungen noch durchzubringen, eine solche Absicht liege der Regierung fern.

Ein Artikel der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ sagt, dem Rechte der Krone, den Landtag zu berufen und zu schließen, stehe die Verpflichtung der Landesvertretung, alle Vorlagen durchzuführen, gegenüber. Bei der Tendenz, das Parlament zum omnipotenten Regierungsfaktor zu machen, habe die Regierung die heilige Verpflichtung, von ihrem verfassungsmäßigen Rechte, die Erledigung aller zur Berathung gestellten Entwürfe zu fordern, nichts nachzulassen. Nach den Neben in der Dienstaufsicht des Landtags scheint man durch Manipulationen mit der Tagesordnung das Recht der Krone illusorisch machen zu wollen; einem solchen widerrechtlichen Verhalten gegenüber bleibe nichts übrig, als das Abgeordnetenhaus aufzulösen und dem im August wieder zusammentretenden Landtag von Neuem die Vorlagen zu machen, die die jetzige Landesvertretung nicht berathen wollte, deren Erledigung aber unumgänglich notwendig sei. Abhilfe gegen gleichzeitiges Tagen des Reichstags und des Landtags gewähre nur die Bewilligung zweijähriger Budgetperioden.

Prag, 4. Mai. Zehn Werke in Dux und Labowitz und auch die Schächte der Dux-Bodenbacher Bahn nahmen die Arbeit wieder auf. Der Strife daselbst ist beendet. Die Erlangerischen Werke arbeiten theilweise. Heute durfte in allen Werken des Brüxer Reviers wie vor dem Strife gearbeitet werden. Der

Rohlenverfracht in Aufsig und Teplitz betrug 213 Waggons. Außer Betrieb befinden sich noch der Türnitzer Elisabethschacht, der Schönfelder „Sagonia“ und der Karbizer „Teutonia“; mehrere Schächte arbeiten mit reduzierter Mannschaft. Der Militärstützpunkt und die Abziehende-Arbeitslofer wird energisch gehandhabt.

London, 4. Mai. Den Morgenblättern zufolge nahm Chamberlain nunmehr das Staatssekretariat für Irland an.

Konstantinopel, 4. Mai. „Basit“ betrachtet Abdurrahman's Ernennung als einen effektanten Willensausdruck des Sultans, das Reformwerk beschleunigt zu sehen.

Kairo, 4. Mai. Das Urtheil gegen die tscherkessischen Offiziere machte bei allen Parteien einen mißlichen Eindruck. Der Kheibne weigert sich jetzt, dasselbe zu sanktionieren. Man glaubt in unterrichteten Kreisen, daß die Weigerung aufrecht erhalten werde. Gerüchtweise verlautet, die Generalkonsuln würden gemeinsam Protest erheben.

Wissenschaft, Kunst und Literatur.

* „Industrie-Blätter“. Wochenschrift für gemeinnützige Erfindungen und Fortschritte in Gewerbe, Haushalt und Gesundheitspflege. Herausgegeben von Dr. E. Jacobson (H. Gaertner's Verlag, Berlin SW., Dönhofsstraße 35). Preis vierteljährlich 3 M. — Inhalt von Nr. 16, 1882: Untersuchung von Chokolade. — Flammenschutzmittel. — Warum zerfallen die Zähne unserer jetzigen Generation so schnell und wie tritt man dem Zerfallen derselben entgegen? — Chronik der Verfallsstufen von Lebensmitteln zc. — Liqueur de Madame Amphoux. — Antifolium. — Geheimmittel. — Prüfung des Topfgeschirrs. — Darstellung reinen Traubenzuckers. — Salpeteräther als Lösungsmittel für verschiedene Harze. — Künstliches Eisenblei. — Befestigung von Tapeten. — Deutsche Reichspatente. — Anilinbronzefarbe. — Flüssiger Leim. — Erkennung einer mit sympathischen Tinte hergestellten Schrift. — Färben von Gemälden. — Schwarzfärben von Kupferlegierungen. — Petroleum-Berordnung.

Vocales und Provinzielles.

Posen, 4. Mai.

r. [Ueber Kinder-Ferien-Kolonien], die ja auch hier in diesem Sommer ins Leben treten sollen, entnehmen wir einer von dem Dr. Steuer, Simon und Töplig zu Breslau herausgegebenen Broschüre, in welcher über den ersten Versuch von Kinder-Ferien-Kolonien zu Breslau i. J. 1881 berichtet wird, folgendes: Nachdem bekanntlich Pfarrer Bion in Zürich i. J. 1876 den ersten Versuch mit Ferien-Kolonien gemacht hatte, folgten von deutschen Städten Frankfurt a. M., Stuttgart, Dresden, Wien, Hamburg, Königsberg und i. J. 1881 auch Breslau. Auf eine höhere Orts gegebene Anregung trat dort die städtische Schuldeputation der Sache der Ferien-Kolonien näher und beschloß, die Einrichtung derselben zwar nicht als städtische Behörde zu veranlassen, konstituierte sich aber zu diesem Zwecke sofort als Komitee und ergänzte sich durch eine Reihe der angesehensten Männer der Stadt. Man nahm für das erste Jahr 100 Kolonisten in Aussicht, hofft jedoch, späterhin jedes Jahr ca. 200 Kinder in die Kolonien senden zu können. Da die Anzahl der Schulkinder in den Breslauer Elementarschulen ca. 30,000 beträgt, und jedes Kind gesetzmäßig 8 Jahre die Schule besucht, so haben von jedem Zyklus 1600 die Aussicht, resp. Möglichkeit, einmal bei einer Kolonie theilhaftig zu werden, das sind also $5\frac{1}{3}$ pCt. (Da Posen etwa den 4. Theil der Einwohnerzahl Breslaus hat, so würden hier, entsprechend den obigen Verhältniszahlen, jährlich ca. 50 Schulkinder in die Ferien-Kolonien zu entsenden sein). Der viel in Anspruch genommene Wohlthätigkeitsförm der Breslauer hat sich auch in diesem Falle wieder bewährt, und lebhaftig auf Grund eines erlassenen Aufrufs, ohne Bildung eines Vereines oder Veranstaltung von Versammlungen, gelang es, die Mittel zu dem geplanten Ziele in ausreichender Menge zu beschaffen. (Auch in unserer Stadt sind bekanntlich für den Zweck der Ferienkolonien zahlreiche Spenden und Beiträge eingegangen). Mit regem Eifer wurden die Arbeiten in die Hand genommen; die eigentliche Geschäftsleitung erhielt ein engerer Ausschuss, welcher mit dem großen Komitee durch Berichterstattung in Verbindung trat. — Zunächst galt es, die Orte ausfindig zu machen. Einige Mitglieder konnten sofort aus ihrer eigenen Kenntnis eine Anzahl, die sie für geeignet hielten, nennen. Außerdem wurden an die Landräthe der nächsten Kreise Schreiben gerichtet, in welchen sie um Auskunft über geeignete Plätze ersucht wurden. Als Bedingungen galten außer den allgemeinen Bedingungen einer gesunden Lage: Nähe eines benutzbaren Waldes, gutes Trinkwasser, womöglich auch Gelegenheit zum Baden. Auch auf das Bestehen einer Kirche am Ort oder in der Nachbarschaft wurde das Augenmerk gerichtet. In Bezug auf die Unterkunft der Kinder überzeugten sich einzelne Komitee-Mitglieder von der Größe und Salubrität der Schlafräume. Ueber die Verpflegung wurde mit den betr. Wirthen, über deren Zuverlässigkeit zuvor die genauesten Informationen eingezogen wurden, genau stipulirte Verträge abgeschlossen. Danach waren den Kindern zu liefern: zum ersten Frühstück Milch und Brot; zum zweiten Frühstück Brot, resp. Brot mit Butter; zum Mittagessen Suppe, täglich frisches Fleisch mit Gemüse und Brot (NB. ein Mal in der Woche war es dem Wirth gestattet, Fastengerichte zu geben); zur Vesper Brot mit Butter oder Frischlingen; Abends Milch mit Brot oder Suppe mit Kartoffeln oder Gemüse. Für Waschgesehirre, Reinhaltung des Schlafräume zc. hatte der Wirth zu sorgen, ebenso für Füllung der Strohsäcke, die nach 14 Tagen zu erneuern war. Die Wirth erhielten pro Tag und Kind 85 Pf. bis 1 M. 20 Pf., pro Tag und Kolonieführer 1 M. 20 Pf. bis 2 M. Was die Ausrüstung der Kinder betrifft, so wurden ihnen von Seiten des Komitees Strohsack und Decke geliefert; für Kleidung sollte jedes selbst sorgen. — Zur Auswahl der

Kinder wurde folgender Weg eingeschlagen: Die Rektoren sämtlicher Elementarschulen wurden amtlich aufgefordert, 4 bis 6 Kinder von 8 Jahren und darüber, welche nicht an einer wirklichen Krankheit leiden, dagegen in Folge schwächlicher Anlage und ungünstiger Lebensverhältnisse (ungesunder Wohnung oder Kost zc.) in ihrer Ernährung oder Entwicklung zurückgeblieben sind, in Vorschlag zu bringen. Die vorgeschlagenen 422 Kinder wurden sodann von dem Komitee angehörten Ärzten auf das Sorgfältigste untersucht, und 45 Knaben und 53 Mädchen ausgewählt, wobei nicht der Gesundheitszustand allein als maßgebend angenommen, sondern bei sonst gleichen Verhältnissen der Stand der Eltern, Armuth, Bedürftigkeit zc. berücksichtigt wurden. Von den kleinen Kolonisten waren 64 evangelisch und 34 katholisch, dem Geschlecht nach 45 Knaben und 53 Mädchen. — Was die Zusammenfügung der einzelnen Kolonien betrifft, so wurde, bei dem konfessionellen Charakter der Breslauer Elementarschulen, auch den Kolonien dieser Charakter gegeben, zumal die Kinder zum Kirchenbesuch angehalten werden sollten; um dies zu ermöglichen, wurde bei der Wahl der Ortschaften schon hierauf Bedacht genommen. Die Zahl der Kinder der einzelnen Kolonien bewegte sich innerhalb der Grenzen: 10 bis 14, und es wurden 8 Kolonien gebildet: 2 evangelische Knabenkolonien, 3 evangelische Mädchenkolonien, 1 katholische Knabenkolonie, 1 katholische Mädchenkolonie, 1 katholische Knaben- und Mädchenkolonie. Es wurde möglichst vermieden, nur gleichaltrige Kinder in einer Kolonie zu vereinigen, vielmehr dafür gesorgt, daß in jeder Kolonie möglichst alle Lebensalter (8—14 Jahre) vertreten waren. In der Auswahl geeigneter Kräfte zu Leitern der Kolonien hat das Komitee außerordentliches Glück gehabt; ihrer sorgfamen Pflege, ihrem richtigen und gewissenhaften Erfassen der Aufgaben der Ferienkolonien ist in erster Linie der hoch erfreuliche Erfolg derselben zu danken; sie erhielten neben freier Station 50 M. Remuneration. — Am 9. Juli wurden die Kinder mit ihren Eltern in die Aula des Elisabeth-Gymnasiums bestellt, woselbst der Bestand der vorgeschriebenen Kleidungsstücke revivirt und die leider sehr großen Lücken, die sich dabei herausstellten, aus den inzwischen durch verschiedene Wohlthäter reichlich zur Disposition gestellten Kleidungsstücken bestmöglichst ausgefüllt wurden. Jedes Kind mußte einen kleinen Sack zur Emballage seines Gepäcks besorgen. Bürsten aller Art, Schuhwische, Nähzeug zc., Seife, Seife, Seife hatten die eifrigsten Komitemitglieder an entsprechenden Stellen gratis erworben, und vertheilten diese nothwendigen Requisiten an die einzelnen Kolonien. Montag, den 11. Juli, gingen die einzelnen Kolonien nach ihren Bestimmungsorten (Dörfern in nicht allzu großer Entfernung von Breslau) ab, Freitag den 5. August kehrten sie zurück. Vor der Abfahrt und nach der Rückkehr wurden die Kinder auf den Bahnhöfen gewogen, wobei die Bahnbehörden das Komitee in liberalster Weise unterstützten. Ueberhaupt zeigten sich die verschiedenen Eisenbahndirektionen dem Unternehmen freundlich entgegenkommend, und hatten wesentliche Fahrpreismäßigungen eintreten lassen. — Was nun das Leben und Treiben der Kolonien betrifft, so ist im Allgemeinen folgendes zu erwähnen: Nirgends ging von den Kolonien eine Klage über mangelhafte Bewirthung und Verpflegung ein; die Kost war schmackhaft und reichlich, und überall lieferten die Wirth für das geringe Entgelt mehr, als sie sich verpflichtet hatten. Bei den Einwohnern fanden die Kolonisten das liebevollste Entgegenkommen; Ortsvorstände, Geistliche und Gutsbesitzer wetteiferten darin, die Kolonieführer auf jede nur mögliche Weise zu unterstützen. Heimweh stellte sich bei den wenigsten Kindern ein, doch wurden die Kinder angehalten, wöchentlich einmal an ihre Eltern zu schreiben. Das Tagewerk in den Kolonien begann meistens 6 Uhr Morgens. Nach Morgensandacht und Frühstück wurde spaziert im Freien gespielt, gegessen, getrunken, gesungen zc. bis 12 Uhr. Dann ging es zum Mittagessen. Die Zeit bis zur Vesper war Briefschreiben, Spielen im Freien, Gesellschaftsspielen zc. gewidmet, und nach der Vesper wurde noch ein weiterer Spaziergang unternommen; nach dem Abendbrot bewegten sich die Kolonisten ruhig im Freien, bis sie ihre Lagerstätte aufsuchten; auch war meistens für ein angenehmes Bad im Freien gesorgt. — Der körperliche Einfluß des 25tägigen Aufenthaltes der Kinder in frischer, reiner Landluft und bei kräftiger und guter Ernährung war ein überraschend guter. Erkrankungen kamen, bis auf ganz leichte vorübergehende Störungen, überhaupt nicht vor. Die Ferienkinder hatten bei weitem weniger als das Durchschnittsgewicht, die 8—9jährigen $3\frac{1}{2}$ — $4\frac{1}{2}$, die 13—14jährigen $14\frac{1}{2}$ — $19\frac{1}{2}$ Pfund weniger. Während des 25tägigen Aufenthaltes betrug die Gewichtszunahme bei jedem Kinde durchschnittlich 3,08 Pfund, während sonst die normale Zunahme in 25 Tagen sich auf 0,30—0,60 Pfund beläuft. Es hat sich aber auch ferner gezeigt, daß die gesunden und kräftiger aus der Kolonie zurückgekehrten Kinder die an sie herantretenden Schädlichkeiten, welcher Art sie auch waren, besser und leichter überwinden, und selbst bei schlechterer Ernährung gut an Gewicht zugenommen haben. Es ergab nemlich die sechs Monate nach der Rückkehr aus den Ferienkolonien vorgenommene Wägung der Kinder, daß dieselben während dieses halben Jahres bis $2\frac{1}{2}$, selbst $5\frac{1}{2}$ Pfd. zugenommen hatten. Es ist somit der Beweis geliefert, daß die Kinder-Ferien-Kolonien im vollsten und wahrsten Sinne das sind, was sie sein wollen und sein sollen: ein Mittel, die im Glend des elterlichen Hauses verkümmert und schwach vegetirenden Kinder zu kräftigen, sittlich und körperlich zu heben, und ihnen auf ihren ferneren Lebensweg ein zinstrugendes Kapital von Gesundheit und Kraft mitzugeben!

3 Verfügungen: 1) Des königlichen Konfiskationsamts zu Posen: Im bevorstehenden Sommer beabsichtigen wir wiederum einen sechs wöchentlichen Unterrichtskursus im Kirchengefängnis und Orgelspiele hieselbst abhalten zu lassen. Die Herren Geistlichen werden daher auf, gefordert, zur Theilnahme an diesem Kursus geeignete Kantoren, Organisten und Lehrer binnen spätestens acht Wochen den betreffenden Herren Superintenden und durch diese bei uns in Vorschlag zu

bringen. Hierbei nehmen wir Bezug auf die Bestimmungen unserer Zirkularverfügung vom 16. April 1873. von der Gröben. 2) Der königlichen Regierung zu Posen: Am 5. Juni cr. findet auf Grund des Reichsgesetzes vom 13. Februar d. J. im deutschen Reiche die Erhebung einer allgemeinen Berufssteuer in Verbindung mit einer Erhebung der landwirthschaftlichen und gewerblichen Betriebe statt. Da hierbei wegen Mangels an qualifizirten Persönlichkeiten die Mitwirkung der Lehrer als Zähler nicht entbehrt werden kann, so bestimmen wir hierdurch, daß an dem gedachten Tage der Unterricht in denjenigen Schulen, bezw. Klassen, deren Lehrer von den betreffenden Behörden zur Mitwirkung werden aufgefordert werden, auszufallen hat. Wir erwarten, daß die Lehrer unseres Ressorts sich den ihnen zur gebenden Aufträgen mit Sorgfalt und Umsicht unterziehen werden. Grisebach.

— **Posener Herren Reiter-Verein.** Geiern war der Schluss der Nennungen für die Handicap-Steeple-Chase der Posener Reiter und wenn es unsere Absicht war, die Nennungen aller Reiter im Ganzen erst zur Veröffentlichung zu bringen (der Nennungsabschluss für die übrigen Reiter ist bekanntlich erst der 8. Mai) so haben wir bei der überraschend großen Zahl der für das eine Rennen erfolgten Nennungen und der darunter befindlichen hoch bedeutenden und besten Pferde, über welche die diesjährige Renn-Saison zu gebieten hat, doch im Interesse vieler unserer Leser zu handeln geglaubt, wenn wir vorzuziehend, schon heute die Nennungen des Handicaps nebst Angabe der Gewichte zur öffentlichen Kenntnis bringen. — Nennen Nr. VI. Handicap-Steeple-Chase, Preis vom Schwab. Preis 1000 Mark Distance 3500 Meter. — 17 Unterschriften. Herr von Tepper-Bastk. F. W. Woodbrook v. The Sawyer a. d. Dos. Hbl. 87½ Kg. Herr Lieut. Hoffmanns (2. Huf.) br. F. Familienrath v. Düppl a. d. Helene Hbl. 85 Kg. Herr v. Falkenhausen-Bielau F. St. Per Dampf v. Monseigneur a. d. Dame Duell 84 Kg. Mittelmeister von der Ofen (Garde-Rural.) F. St. Nega v. Wandrats a. d. Reaktion 83 Kg. Herr v. Tepper-Bastk. br. St. Lady-Mary II. v. The Rhumer a. d. Lydia 82 Kg., desselben Sch. F. Strathvaich v. Strathconan a. d. Pointetia 80 Kg. Herr Fr. Bandelon-Luchorse br. St. Mary of Scotland v. Ethus a. d. Milanaie 79 Kg. Mittelmeister von der Ofen br. St. Merry-Belle v. Umpire a. d. Resurgam 75 Kg. Mr. J. Davies Hamburg br. St. Redlod v. Ben'od a. d. Red. Tape 73 Kg. Mittelmeister Rollard-Göbra F. St. Goldperle v. Good-Hope a. d. Golden Pippin 73 Kg. Lieut. von Ravenstein (4. Drag.) sch. W. Abingdon v. Oxford a. d. Doneymoon 73 Kg. Lieut. der Res. Pigschle-Glöden sch. St. Vanshee v. Blarney a. d. Lady Wilde 73 Kg. desselben F. St. Biscuit v. Lord Clifden a. d. Maid of Malvern 73 Kg. Lieut. Hühnerbein (16. Huf.) br. St. Queensland v. Remland a. d. Merry-Thought 73 Kg. Lieut. von Ribbed (2. Huf.) Dllbr. St. Queen-Dee II. v. The Crown a. d. Queen-Bee I. 73 Kg. Lieut. von Röller (22. Drag.) Dllbr. St. Primeur v. Ponsky a. d. Primeur v. Bomersky 73 Kg. Herr von Falkenhausen-Bielau F. S. Dny v. Hubert a. d. Masch 70 Kg. Unter den vorgenannten Pferden glauben wir besonders auf die beiden erstgenannten Woodbrook und Familienrath aufmerksam machen zu sollen, von denen der erstere der Sieger der großen National-Steeple-Chase in Liverpool, dem größten Hindernissrennen Englands, in sportlicher Beziehung wohl zu den berühmtesten und besten Pferden deswegen in England gewährt werden muß und grade jetzt die Aufmerksamkeit aller Freunde des Sports umso mehr auf sich zieht als der Wallach zum ersten Male, seitdem er in den Besitz der Herren Delhischläger und von Tepper-Bastk übergegangen ist, auf deutschem Boden hier in Posen starten wird. Der zweitgenannte Familienrath im Besitz des Prem.-Lieut. Hoffmann vom 2. Leib-Huf.-Regmt. Nr. 2 hat sich bereits durch seine zahlreichen Siege in den größten Hindernissrennen des Reichs einen Namen unter den besten Pferden Deutschlands als Inländer erworben und verdient unter die besten Produkte des Inlandes, was Hindernisspferde anbelangt, gezählt zu werden. Sollte es dem posener Rennplatz bescheiden sein, den Kampf dieser beiden Berühmtheiten des Sports und zugleich damit die Konkurrenz zwischen dem Produkt des Inlandes gegenüber der Zucht des gefürchteten Nachbarlandes zur Entscheidung zu bringen, so dürfte dies die schönste Eröffnung der diesjährigen Renn-Saison für unseren Verein, für alle Freunde des Sports aber einer der interessantesten und großartigsten Momente werden, die der Sport zu bieten vermag.

r. **Der Neumärkische Posener Bezirksverband der Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung** hält, wie bereits früher mitgetheilt, Donnerstag, den 18. d. M. (am Himmelfahrtstag) Nachmittags 2½ Uhr im Schumann'schen Lokale zu Woldenberg seine fünfte ordentliche Generalversammlung ab. Auf der Tagesordnung derselben stehen: 1) Bericht über die Thätigkeit und Leistungen des Verbandes im verflochtenen Jahre; 2) Rechnungslegung; 3) Vortrag des General-Sekretärs Realschul-Direktors a. D. Lippert-Berlin: Unsere Vereine und die sozialen Fragen; 4) Die richtige Werthschätzung unserer öffentlichen Schulen nebst ihren wichtigsten Folgen (Referent Professor F. A. H. Posen und Bürgermeister Feuer, Landsberg a. W.); Festsetzung des Voranschlags der Einnahmen und Ausgaben für das Jahr 1882; 6. Wahl des Vorstands; 7. Wahl der Revisionskommission; 8. Wahl des Vorsitzenden und Ergänzungswahlen für den Ausschuss; 9. über den Handfertigkeit's-Unterricht für Knaben (Referent Bürgermeister Herse-Posen.) 8 Uhr Abends findet ein gemeinschaftliches Abendessen statt.

r. **Das Bureau der Landestriangulation** wird im Laufe dieses Sommers im Regierungsbezirk Posen trigonometrische Vermessungen vornehmen lassen. Das Publikum wird darauf aufmerksam gemacht, daß die heißt der Landestriangulation gestellten Fäbde und sonstigen Wertheichen überall gehörig zu beachten und unverfehrt zu erhalten sind.

r. **Für Wollverkäufer.** Von Wollproduzenten und Wollverkäufern, welche ihre Waare nach dem hiesigen Preise zum Markte bringen, ist bisher in der Regel auf ein möglichst großes Taragewicht Bedacht genommen worden. Um nun beim Einkauf nicht überfordert zu werden, haben die hiesigen Wollhändler nach dem Beispiele anderer Wäbe des Westens beschloffen, darauf zu halten, daß die Tara nicht 4 Proz. des Bruttogewichtes übersteige. Da es in Posen auch nicht selten vorgekommen ist, daß die Fäbde der Wollfäbde mit ungewaschener Wolle, die vielleicht nur einen Werth von 17 bis 20 Thaler pro Zentner hat, ausgefüllt wurden, so werden die Wollhändler bei dem bevorstehenden Wollmarkte auch auf die Beseitigung dieses Umstandes ihr besonderes Augenmerk lenken. Wollverkäufer werden daher gut thun, wenn sie die Fäbde nur mit gewaschener Wolle ausfüllen und sichere Angaben hinsichtlich des Taragewichtes bereit halten.

II **Bromberg, 3. Mai.** [Manöver der vierten Division Gledentypus. Russische Auswanderer.] Das Manöver der vierten Division wird in diesem Jahre in der Gegend von Platom und Saitrow abgehalten werden. Die Uebungen der siebenten Brigade werden bei Wongrowitz, die der achten Brigade bei Bromberg stattfinden. Der in dieser Beziehung entworfene Plan bedarf aber noch der Befestigung des Kriegsministers. — In der Stadt und Umgegend herrscht nun schon seit längerer Zeit der Gledentypus. In einer benachbarten Ortschaft hat deshalb eine Schule und in einer andern ein Gasthaus geschlossen werden müssen. Gegenwärtig sind Krankheitsfälle sogar in einer in der Bahnhofstraße liegenden Kaserne (7. und 8. Kompagnie des 21. Inf.-Regts.) vorgekommen, weshalb heute eine Dislozierung der Mannschaften hat stattfinden müssen. — Die Auswanderung der Juden aus Russland scheint immer größere Dimensionen annehmen und sich auf Gebiete dieses Landes zu erstrecken, woselbst Ausschreitungen gegen die Juden bisher nicht stattgefunden haben. Auf dem hiesigen Bahnhofe bemerkten wir gestern eine große Zahl derartiger Auswanderer. Dieselben waren aus der Gegend von Winsk und aus Winsk selbst. Sie gehen nach Amerika und erzählten, daß allem Anscheine nach, es auch in der Gegend, die sie verließen, bald losgehen würde.

Schneidemühl, 3. Mai. [Stadtverordneten-Sitzung. Religiöse Vorträge. Amtseinführung.] In der Sitzung der Stadtverordneten vom 29. v. M. nahm die Versammlung Kenntnis von einem Schreiben des Oberstaatsanwalts zu Posen an den hiesigen Ersten Staatsanwalt, in welchem ersterer mittheilt, daß der Justizminister ihm befehlt, die Ueberführung der Justizgefängnisse auf die Erbauung eines größeren Zentralgefängnisses und einer Anstalt zur Unterbringung jugendlicher Gefangener für die Provinz Posen Aussicht gemacht habe. Dieses Gefängnis soll jedoch an einem solchen Orte errichtet werden, welcher sich durch gesunde Lage auszeichnet und zu welchem möglichst von allen Richtungen Eisenbahnverbindungen führen. In Folge dessen wird von dem hiesigen Ersten Staatsanwalt Bericht erfordert, ob innerhalb seines Ressorts geeignetes Baugrund, wo möglich im fiskalischen Besitze, vorhanden ist. Nach mündlicher Rücksprache des Staatsanwalts mit dem Bürgermeister Wolff hat letzterer eine Magistrats-Sitzung abgehalten, in welcher beschlossen worden ist, dem Justizminister das erforderliche Terrain von etwa 30-40 Morgen, zum Bau eines Zentralgefängnisses hinter der Berliner Vorstadt in der Nähe der Berliner Chaussee unentgeltlich zur Verfügung zu stellen. Die Versammlung erkennt die Dringlichkeit der Vorlage an und ist mit dem Beschlusse des Magistrats einverstanden. — Der Vorsitzende verliest die angefertigte Beschwerdeschrift an die Regierung wider den Magistrat bezüglich der g. forderten Vorlegung von Quartalsabschlüssen der Kammereinfasse, welchen Beschlusse der Magistrat nicht gewillt ist, auszuführen. Zur Begründung der Beschwerde wird angegeben, daß der Etat pro 1881 bis 1882 in Einnahme und Ausgabe auf 125,800 M. mit einem Extraordinarium von 8048 M. festgestellt worden sei und daß trotzdem im Laufe des Etatsjahres 92 Anträge auf Nachbewilligungen mit einem Betrage von 12,745 M. gestellt worden wären, so daß nicht nur das hohe Extraordinarium vollständig verbraucht, sondern sogar noch ein Mehrbetrag von 4697 M. erforderlich gewesen sei. Die Versammlung habe nie ein Bild von dem Stande der Kasse und seitens des Magistrats werde, wenn die Kasse mit einem Defizit arbeite, eine darauf bezügliche Vorlage nicht gemacht. Die Versammlung erhalte erst Kenntnis hiervon, wenn die Jahresrechnung abgeschlossen werde. Um fernere Staats-Ueberforderungen zu vermeiden zu sehen, müsse sich die Versammlung eine größere Information über den Stand der Kasse verschaffen und auf die Vorlage von Quartalsabschlüssen bestehen. Die Versammlung genehmigt die Beschwerdeschrift. — In der Sitzung am 22. Februar er. lehnte die Versammlung die Bewilligung von 132 M. Vertretungskosten für einen Polizeibeamten ab. In Folge dessen suchte der Magistrat bei der königlichen Regierung die zinsweise Enttragung in den Etat pro 1881 bis 1882 nach, welche auch von derselben auf Grund des § 67 der Städteordnung erfolgte. Es wird beschlossen, gegen diese Entscheidung der Regierung bei dem Oberpräsidenten zu Posen Rekurs einzulegen und behufs Unterlage zur Auffertigung der Beschwerdeschrift, mit welcher der Vorsteher betraut wird, den Magistrat um Zustellung der betreffenden Vorgänge ersucht. — Unter dem 17. Dezember v. J. zeigte der hiesige Erste Staatsanwalt dem Magistrat an, daß die Milchstraße bei schlechtem Wetter im Sommer und im Winter überhaupt mit Fuhrwerk nicht zu passieren sei und bat um Abhilfe. Am 28. Januar d. J. erneuerte derselbe sein Gesuch mit dem Bemerkten, daß die Verzögerung der Abhilfe nicht im öffentlichen Interesse liege. Der Magistrat wolle daher bei der Stadtverordnetenversammlung die Dringlichkeit beantragen, da er sonst gezwungen wäre, so leid es ihm thue, Beschwerde höherer Orts zu führen. In Folge dessen beschloß die Versammlung in der Sitzung am 28. Februar einen Kostenanschlag zur Pflasterung der Milchstraße bis einschließlich der Mauer des Justizgefängnisses anfertigen zu lassen. Derselbe liegt nunmehr der Versammlung vor und beläuft sich auf 12,500 Mark ohne das Material zu dem 6 Meter breiten Fahrweg. Die Einfassung und Abdeckung des Fließes ist allein auf 10,000 M. berechnet. Bürgermeister Wolff schlägt vor, nur den Fahrweg pflastern zu lassen, welcher eine Ausgabe von nur 2500 M. verursacht, der Vorsteher dagegen hält eine Riesenschüttung, welche einen Aufwand von 810 M. erfordert, genügend. Die Versammlung beschließt, da die Kosten für die Stadt unerschwinglich sind, die Pflasterung der Milchstraße, abzulehnen, erklärt sich dagegen bereit, eine Riesenschüttung zur Ausführung zu bringen. — Dem Antrage des Komites der hiesigen Diakonissen-Krankenfürsorge wird dahin entsprochen, daß für das Etatsjahr 1882 bis 1883 eine Unterstützung von 200 M. für diese Anstalt gewährt wird. — Von dem Kammereinfassenprotokoll vom 12. d. M., nach welchem der baare Bestand der Kasse 11,267 54 M. und geleistete Vorschüsse 19,943 M. betragen, wird, da Ausstellungen nicht zu machen sind, Kenntnis genommen. — Gegenwärtig weist behufs Gründung einer Irwingianer-Gemeinde der Irwingianerpostel Berg aus Bromberg hier und hält in der Kirche der freireligiösen Gemeinde Vorträge, die zahlreich,

meistens aus Neugierde besucht werden. — Am Sonnabend fand durch den Kreisfahrsinspektor Superintendenten Grümacher die Einführung des zum 12. Lehrer an der hiesigen evangelischen Volksschule gewählten Lehrers Kante in Gegenwart des Lehrerkollegiums statt.

Der Ringtheater-Projekt.
Nach der Wiener „Presse“. — Dritter Verhandlungstag.
Wien, 26. April.
(Fortsetzung.)
Es folgt das Verhör des Anton Richter.
Der Zeuge wird befragt.
Präsi.: Sie waren Theaterfeldwebel in der Zeit der Römischen Oper und wurden später Hausinspektor bis zum Sommer des letzten Jahres. Sie kennen also das Haus und die Räume. Wie war früher die Soffitenbeleuchtung? — Richter: Sie wurde immer durch elektrische Funken entzündet.
Präsi.: Sie haben einmal gesehen, daß Mitsche etwas leichtsinnig manipuliert habe. — Richter: Ja, er hat einmal ein Gasöffnungsrohr abgebrochen; eine Gefahr konnte aber damals nicht entstehen, weil der Regulator hätte aufgedreht sein müssen.
Präsi.: Wissen Sie, daß einer der Feuerwehrmänner niemals betrunken war? — Richter: Ja, Schagerl war einmal vollständig betrunken.
Präsi.: Ist es Ihnen bekannt, daß Breithofer einmal betrunken war? Er soll einmal einen starken Rausch gehabt haben. — Richter: Mir ist nichts davon bekannt.
Präsi.: Sie haben davon gehört, daß in den Reservoiren kein Wasser ist? — Richter: Ja, Breithofer sagte am Tage des Brandes: Es scheinen die Wasserwechsel kein Wasser zu geben und veripert zu sein. — Breithofer giebt an, das ebenfalls nur vom Hörensagen zu wissen.
Staatsanwalt: Waren unter der Direktion Böll-Strampfer Dellampen in Verwendung? — Richter: Einige, sechs bis acht Stück.
Staatsanwalt: Waren damals die Notausgänge in Verwendung? — Richter: Das Publikum konnte durch die Gasse hinausgehen; hinauf konnte es nicht gehen; übrigens war das nur bei Nachmittags-Vorstellungen der Fall.
Präsi.: Wie oft mußte man umdrehen, um die Gasleitung zu schließen? — Richter: Neunzehnmal.
Präsi.: Wenn man nur fünf- bis sechsmal umdrehte, entstand daraus eine Wirkung? — Richter: Ja, es wurde die Beleuchtung schwächer.
Präsi.: (zu Geringer): War Ihnen bekannt, daß Reserveschläuche vorhanden waren? — Geringer: Ja, ich wußte, daß Sie vorhanden sind; es hat mich aber Niemand darum befragt.
Staatsanwalt: Wer hat denn die Ventilation zu beaufsichtigen gehabt? — Direktor Jauner: Es war dafür Herr Rarny verantwortlich, der täglich mit zwei Gehilfen die Ventilation regelte und auch die beste Ventilation herstellte, die in dem Hause überhaupt möglich war.
Dr. Steger: Waren Sie auch Feuerwehrmann? — Richter: Ja.
Dr. Steger: Was hätte Breithofer bei dem Ausbruche des Brandes zuerst thun sollen? — Richter: Er hätte sollen die Courtine herunterlassen und jenen Theil der Gasleitung absperrn, welche die Bühne speist und die Schläuche in Funktion setzen.
Dr. Steger: Er hätte also gleichzeitig drei Funktionen ausüben sollen? — Haben Sie Breithofer eine mündliche Vorlesung über das Herablassen der Soffitenlästen gegeben. — Richter: Ich weiß mich nicht zu erinnern.
Dr. Steger: Sind diese Soffitenlästen jemals unter der früheren Direktion herabgelassen worden? — Richter: Ja wohl.
Dr. Steger: Breithofer, äußern Sie sich darüber? — Breithofer: Einmal zum Anstreichern, sonst aber nicht.
Dr. Steger: Wenn man während des Herunterlassens das Gas absperrt, so kann man doch nicht anzünden und wenn man offen läßt, so strömt das Gas aus. — Richter giebt keine Aufklärung.
Dr. Steger: Waren Sie während der Vorstellung auf der Bühne? — Richter: Nein, ich hatte auch außer dem Hause zu thun.
Dr. Steger: Breithofer behauptet, Sie hätten während der Vorstellung oft im nächsten Gasthause Karten gespielt? — Richter: Wenn ich Zeit hatte, so ging ich, um einen Wein zu trinken, auf einen Sprung ins Gasthaus.
Dr. Steger: Aber nach der Vorstellung? — Richter: Nach der Vorstellung konnte ich ja ins Gasthaus gehen.
Dr. Steger — und bis 3 Uhr Morgens dort bleiben! Ich

erwähne dieses Umstandes, weil Sie bei Ihrer Vernehmung dem Breithofer zum Vorwurf gemacht haben, daß er einmal während zwei Jahren vom Regulator sich entfernt hat.
Dr. Singer: Wie lange waren Geringer und Mitsche im Hause? — Richter: Zwei bis drei Monate.
Dr. Bing fragt, ob Richter die Feuerwechsel untersucht habe. — Richter bejaht die Frage und erklärt, daß sie wiederholt unregelmäßig funktioniert haben.
Dr. Bing: Wie lang hat es gedauert, bis aus dem Wechsel Wasser gekommen ist? — Richter: Das ist schnell gegangen, die Zeit weiß ich nicht.
Präsi.: Ist schon nach einigen Umdrehungen Wasser gekommen? — Richter: Ja.
Präsi.: Wenn aber nach einigen Umdrehungen kein Wasser gekommen ist, wo war die Ursache? — Richter: Im Reservoir.
Staatsanwalt: Ist Ihnen von Direktor Jauner gesagt worden, den Geringer in den Dienst einzuführen. — Richter: Nein!
Staatsanwalt: Bitte, Herr Direktor Jauner, was sagen Sie dazu? — Direktor Jauner: Ich habe meinen Sekretär beauftragt, das zu thun.
Es folgt das Verhör des Oberrechnungsrathes Hell.
(Fortsetzung folgt.)
Verantwortlicher Redakteur: G. Bauer in Posen. — Für den Inhalt der folgenden Mittheilungen und Inserate übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

6. Blutreinigung und Stoffwechsel.
Die Bedeutung des Blutes für den Bestand des menschlichen Körpers und die Fortdauer des Lebens ist eine für Jedermann bekannte. Es braucht daher dem Leser kaum erst versichert zu werden, daß alle, auch noch so geringe Veränderungen des Blutes irgendwie auf die Gesundheit Einfluß haben und sie mehr oder weniger erschüttern. Die Grundstoffe zu diesem Ergänzungsmaterial sind natürlich den festen und flüssigen Nahrungsmitteln entnommen, welche der Mensch genießt, die aber zu ihrer Verwendbarkeit besondere Beimischung von Körpersäften erfordern. Den sauren Säften, welche der Magen behufs der Verdauung absondert, fällt namentlich die Aufgabe zu, die Fleischsauren aufzulösen, dagegen dient die Galle zur Vorbereitung jener Stoffe, welche zur Blut- und Leibeserneuerung dienen; ferner gehören hierzu die Drüsen des Dünndarmes und Dickdarmes. Die für die Bluterneuerung nöthigen Stoffe werden ausgesogen, das andere ausgegeben, der ganze Prozeß ist die Verdauung. Es wird Jedem, wenn er das soeben Gesagte bedenkt, einleuchtend, welche Rolle die Verdauung und mit ihr die richtige Zusammensetzung des Blutes für die Gesundheit des Körpers bilden, wie aber auch von einer mangelhaften Verdauung und in Folge dessen auch schlechten Blutbildung eine sehr große Anzahl von meist sehr langwierigen, die Gesundheit untergrabenden, schließlich zum Siechtum führenden Leiden hervorgerufen werden können; Gicht und Rheumatismus, offene Wunden, Pimpeln im Gesicht, Bleichsucht, Trägheit, entstellende und elenhafte Hautausschläge, Müdigkeit der Glieder, Unlust, Appetitlosigkeit, Hypochondrie, Syphilis, Pämorrhoiden, Schmerzen im Magen und den Gedärmen, Verstopfung, Blähungen, Schwindel, Krampf u. dgl. sind alles Erscheinungen, welche von ein und demselben Uebel erzeugt werden können und mit dessen Beseitigung auch wieder verschwinden; nicht genug kann jedoch gewarnt werden bei diesen Leiden zu solchen Mitteln zu greifen, deren Wirkung zu scharf und für die Organe schwächend ist, sondern man wähle ausschließlich solche Arzneimittel, welche den Verdauungsapparat zu größerer Thätigkeit milde anregen, überflüssige Galle und Schleimabsonderung successive entfernen, ohne für den Körper schädliche Folgen zu haben, wie dies z. B. bei den rühmlichst bekannten Apotheker M. Brandt's Schweierpillen in hervorragender Weise der Fall ist. Man findet die von Apotheker M. Brandt in Schaffhausen (Schweiz) dargestellten Schweierpillen in Blechboxen mit 50 Pillen a M. 1.— und 15 Pillen zu 35 Pfg. verpackt in den meisten deutschen Apotheken, in Posen im Hauptdepot für die Provinz Posen: Radlauer's Apotheke; ferner in den Apotheken zu Posen: Dr. Bachmann, Apotheker Kirchstein, Markt 75; Kosen, Ostrowo, Abelnau, Margonin, Schrimm Apotheker Guie, Schmerin a. M. Adler-Apotheke, Birnbaum, Rawitsch, Plejchen, Schneidemühl, Zitz, Kions, Schubin, vorrätig. Jede achte Schachtel ist mit einer roten Etiquette, worin das Schweizerkreuz und der Namenszug des Fabrikanten steht, versehen.

In der gestrigen Ziehung der Braunschweiger Prämien-Loose wurden bei Grünwald, Salzberger und Co. in Köln 7500 Mark auf Serie 3371 Nr. 37 und noch mehrere Treffer à 300 Mark gewonnen.

Stekbrieffserledigung.
Mihalak, Johann, in Nr. 190 pro 1882.

Bekanntmachung.
Der Ausbruch der Fundamente des ehemaligen Speichergebäudes auf dem Grundstück des königlichen Haupt-Steuer-Amtes, Wilhelmstraße Nr. 31 hierseits, soll im Wege der öffentlichen Licitazion
Mittwoch den 10. Mai c.,
Vormittags 10 Uhr,
an Ort und Stelle vergeben werden.
Die Licitationsbedingungen können vorher in meinem Geschäftszimmer, Mühlenstraße Nr. 27 II, eingesehen werden.
Posen, den 2. Mai 1882.
Der Königl. Bauinspektor.
O. Hirt.

Die Subhastation der Grundstücke Nr. 20 und 21 zu Rosenfeld, den Häusern Friedrichs- und Heinrichs-gehörig, sowie der auf den 4. Mai 1882 angelegte Licitations-Termin wird hierdurch aufgehoben.
Protoschin, den 25. April 1882.
Königl. Amtsgericht.

Die über die Grundstücke Zutroschin Stadt Blatt 169 und Feldmark Blatt 460 eingeleitete Subhastation wird hiermit aufgehoben.
Rawitsch, den 20. April 1882.
Königl. Amtsgericht.

Die über das Grundstück Konary Blatt 34 eingeleitete Subhastation wird hiermit aufgehoben.
Rawitsch, den 21. April 1882.
Königl. Amtsgericht.

Nothwendiger Verkauf.
Das in Pary Gauland belegene, im Grundbuche von Pary Gauland Band 77 Blatt Nr. 4 eingetragene, den Witth Wojciech Kozach'schen Eheleuten gehörige Grundstück soll
am 7. Juni 1882,
Vormittags 11 Uhr,
im Zimmer Nr. 11 des unterzeichneten Gerichts in nothwendiger Subhastation versteigert und das Urtheil über die Ertheilung des Zuschlages
am 7. Juni 1882,
Mittags 12 1/2 Uhr,
dieselbst verkündet werden.
Das Grundstück umfaßt eine der Grundsteuer unterliegende Gesamtfläche von 17 ha 8 a 48 qm. Zur Grundsteuer ist dasselbe mit einem Reinertrage von 54,61 M. und zur Gebäudesteuer mit einem Nutzungswerte von 45 Mark veranlagt.
Der Auszug aus der Steuerrolle, beglaubigte Abschrift des Grundbuchblattes, alle sonstigen das Grundstück betreffenden Nachrichten, sowie etwaige Verkaufsbedingungen können in unserer Gerichtsschreiberei I. Vormittags von 8-10 Uhr eingesehen werden. Diejenigen Personen, welche Eigenthumsrechte, oder welche nicht ins Grundbuch eingetragene Realrechte, zu deren Wirksamkeit gegen Dritte jedoch die Eintragung in das Grundbuch gesetzlich erforderlich ist, auf das bezeichnete Grundstück geltend machen wollen, haben dies spätestens im Versteigerungstermine zu thun.
Breschen, den 19. April 1882.
Königl. Amts-Gericht.

Bekanntmachung.
Die Subhastation des Rittergutes Marolinkowo dolno und die am 13. und 15. Juni 1882 anstehenden Termine werden aufgehoben.
Tremessen, den 29. April 1882.
Königl. Amtsgericht.

Konkursverfahren.
In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns Samuel Goldmann zu Rawitsch ist zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen Termin auf
den 23. Mai 1882,
Vormittags 10 Uhr,
vor dem königlichen Amtsgerichte hierseits anberaumt.
Rawitsch, den 29. April 1882.
Hoffmann,
Gerichtsschreiber des königlichen Amtsgerichts.

Die zur Anton Kratochwill'schen Konkursmasse gehörige, zu Klein-Starolefa belegene Bauernwirtschaft, bestehend aus 4 Hekt. 84 Are 50 Q.-M. Flächeninhalt, mit einem Reinertrage von 78 M. 42 Pf., auf welchem sich ein Wohnhaus, Scheune und Stallungen befinden, soll freihändig im Wege der Licitazion verkauft werden. Es wird hierzu ein Termin auf **den 17. d. M.,** Nachmittags 3 Uhr, im Bureau des Unterzeichneten, Gr. Gerberstr. 18, anberaumt, woselbst die Bedingungen vorher eingesehen werden können.
Ludwig Manheimer, Verwalter.
Ein großer Platz mit Stallungen ist preiswerth zu verkaufen. Näheres bei
A. Asch,
N. Gerberstr. 7.

Im Konkurs über das Vermögen des Dampfmaschinenbesizers Anton Kratochwill werden die Konkursgläubiger unter Verweisung auf § 140, 141 der Konkursordnung benachrichtigt, daß bei der von dem Gläubiger-Ausschusse genehmigten Abschluß-Vertheilung nicht bevorzugte Forderungen im Betrage von 932,397,12 M. zu berücksichtigen sind u. der verfügbare Massenbestand M. 95,710,53 beträgt.
Posen, den 3. Mai 1882.
Ludwig Manheimer, Verwalter.

Im Moritz Joachim'schen Konkurs soll mit Genehmigung des königlichen Amtsgerichts die Schlussvertheilung erfolgen. Dazu sind 6676 M. 99 Pf. verfügbar. Nach dem auf der Gerichtsschreiberei niedergelegten Verzeichnisse sind dabei M. 39,674,12 nicht bevorrechtigte Forderungen zu berücksichtigen.
Posen, den 3. Mai 1882.
Ludwig Manheimer,
Verwalter.

Pianino-Auktion.
Dienstag den 9. Mai d. J.,
Vormittags 11 Uhr,
werde ich in dem Auktionslokale im Landgerichtsgebäude hierseits im Auftrage des Konkursverwalters ein im Konkursverfahren beschlagnahmtes
Pianino
sowie einen
Spieletisch
gegen Baarzahlung öffentlich versteigern.
Posen, den 2. Mai 1882.
Rudtke,
Gerichtsvollzieher.

Die hiesige, mit einem Jahresgehalt von 750 M. dotirte
Stadtsekretärstelle
soll vom 1. Juni cr. ab anderweitig besetzt werden.
Qualifizierte Bewerber wollen sich bis zum 20. d. M. melden.
Koschmin, den 29. April 1882.
Der Magistrat.

Freitag den 5. Mai c.,
Vormittags 10 Uhr,
werde ich im Pfandlokal der Gerichtsvollzieher
verschiedene Möbel, sowie
drei Hobelbänke
gegen sofortige Baarzahlung versteigern.
Blümel,
Gerichtsvollzieher.

Ein wahrer Schatz
für die unglücklichen Opfer der Selbstbesockung [Dnanie] und geheimen Auschwefelungen ist das berühmte Werk:
Dr. Retan's Selbstbewahrung.
78. Auflage. Mit 27 Abbild. Preis 3 Mark. Lese es Jeder, der an den schrecklichen Folgen dieses Lasters leidet, seine aufrichtigen Belehrungen retten jährlich Tausende vom sicheren Tode. Zu beziehen durch G. Pöndke's Schulbuchhandlung in Leipzig, sowie durch jede Buchhandlung. In Posen vorrätig in der Buchhandlung von A. Spiro und bei A. Berger.

Bad Bukowine.
Eisenbahn-Stationen: Polnisch-Wartenberg und Groß-Graben. Alkalisch-erdiges Eisenbad. Mooräder.
Eröffnung am 15. Mai.
Altbewährtes Bad für Rheumatismus, Gicht, Lähmungen, Blutharmuth und Hautkrankheiten. Versesserte Einrichtungen. Für gute Küche ist gesorgt. Näheres zu erfahren durch die Badeverwaltung und den Badearzt Dr. Bobrooker in Felsenberg.

Das berühmte Buch über geheime Krankheiten, Schwächezustände, Selbstschwächung u. dgl., wie deren Heilung, findet für 1 M. Rummel's Verlagsbureau, W. Lin, Dranienstraße 135.

Eine engl. Drehmangel,
6 Fuß lang, sucht zu kaufen, alt oder neu. Offerten bitte an
A. Stroheim,
Neustadt a. Warthe.

Für Raucher!
Eine große Parthie Cigarren, durchaus reelles Fabrikat, welche für den Export gearbeitet, aber nicht abgegeben wurden, sollen zu folgenden Preisen raschmöglichst geräumt werden.
(H. 6197b.)
100 Stk. 500 Stk. 1000 Stk.
I. M. 5,60 M. 26.— M. 50.—
II. „ 4,60 „ 21.— „ 40.—
III. „ 3,60 „ 16.— „ 30.—
Verkauft franco gegen Nachnahme oder vorherige Einzahlung des Betrages.
S. Neßmann,
Mannheim in Baden.

Preussisch-Sächsischer Eisenbahn-Verband.

Mit dem 1. Mai 1882 ist ein neuer Gütertarif für den Preussisch-Sächsischen Verband in Kraft getreten, welcher bis auf Weiteres nur die Sätze für den Verkehr zwischen den Stationen des Eisenbahndirektionsbezirks Bromberg, der Marienburg-Mascher, Ostpreussischen Süd-, Posen-Creuzburger, Märkisch-Posener, Oberschlesischen und Breslau-Schweidnitzer-Freiburger Eisenbahn einerseits und den Stationen der Sächsischen Staatseisenbahnen, der Station Reichenberg, der Ost-Preussischen Verbindungsbahn, den Stationen Dresden und Leipzig des Eisenbahndirektionsbezirks Berlin (im Verkehr mit den angeführten Privatbahnen), und der Station Leipzig, der Berlin-Anhaltischen Eisenbahn andererseits enthält.

Durch diesen neuen Tarif treten theils Ermäßigungen, theils Erhöhungen gegen die bisher bestanden Tarifsätze ein.

Vom Eingangs genannten Tage ab sind die nachstehend aufgeführten Tarife nebst den dazu erscheinenden Nachträgen, soweit darin Frachtsätze für den vorerwähnten Verkehr erscheinen, außer Kraft getreten:

1. der Preussisch-Sächsische Verband-Güter-Tarif vom 1. Mai 1878.
2. der Stettin-Märkisch-Sächsischer Verband-Güter-Tarif vom 1. Juni 1879.
3. der Schlesisch-Sächsischer Verband-Güter-Tarif vom 1. Februar 1878.
4. der Preussisch-Thüringischer Verband-Güter-Tarif vom 1. August 1878.

Exemplare des neuen Tarifs sind von den Verbandstationen käuflich zu beziehen.

Breslau, den 2. Mai 1882.

Königliche Direktion der Oberschlesischen Eisenbahn.

Am 10. Juni cr. kommen in Stelle der durch den Nachtrag I. des Preussisch-Oberschlesischen Verbandes zur Einführung gelangten Frachtsätze für den Verkehr zwischen Station Grätz der Märkisch-Posener Eisenbahn einerseits, und den Stationen des Eisenbahndirektionsbezirks Bromberg andererseits, die Tarifsätze der Station Opatowitz der Märkisch-Posener Eisenbahn unter Zuschlag von 0,40 Mk. pro 100 Kgr. für Güter, 0,20 Mk. pro 100 Kgr. für Stückgut, 0,10 Mk. pro 100 Kgr. in sämtlichen Wagenladungsklassen, einschliesslich der Spezial- und Ausnahme-Tarife, durch welche die bisher für Grätz bestehenden Sätze erhöht werden, zur Erhebung. Bromberg, den 25. April 1882. Königliche Eisenbahndirektion.

Obst-Gartengrundstück,

won 15 Morgen Land, an der Preussischer Chaussee, 1 Stunde von Zentralbahnstation entfernt, ist unter günstigen Bedingungen zu verkaufen.

Adressen postlag. u. N. P. 100.

Rittergut

von 1000 bis 1500 Morgen in den Kreisen Breschen, Schroda oder Gnesen wird sofort zu kaufen gesucht. Um genaue Anschläge ad N. 10 Expedition dieser Zeitung wird gebeten.

Mein Manufaktur- und Tuch-Geschäft

ist sofort zu verkaufen, das Geschäftslokal und Wohnung zu vermieten.

M. Krause, Jaroschin.

Eine Schankwirtschaft

mit ca. 25 Morgen Land, Winterung und Sommerung gut ausgef. ist umzugs halber preiswerth sofort zu verkaufen. Näheres beim

Gastwirth Unger,

Alt-Puschkow bei Wolchin.

Waldung suche ich zu kaufen, auch Bau- und Kuchhöfer, geschnitten oder rund. E. Biemann in Breslau, Brüderstrasse 44.

Ein Rittergut nebst Vorwerk, im besten Zustande, 4250 Morgen groß, durchweg Weizenboden incl. 500 Morgen gute Wiese, eventuell auch das Hauptgut allein, ist auf 12 bis 18 Jahre billig zu verpachten. Auskunft erth. A. Salomon in Rudowitz, Götzelbühner.

Saison

15. Mai bis 1. Oktober.

Bad Krankenheil-Tölz,

Oberbayern, im schönen Harthale, 2000' über dem Meerespiegel.

Eisenbahn

München-Tölz Bahn.

am Fuße der Alpen. Sod- und schwefelhaltige doppelt kohlensäure Natronquellen. Molsen, Kräuterlaft, jede Art von Mineralwässern. Herrliche Luft, nervenstärkendes Klima. Vortreffliche Bade-Einrichtungen. Kurhotel. Conversationsaal. Gedeckte Wandelbahn. Gurmühl. Schattige Spaziergänge in den nahe gelegenen Fichtenwäldern mit prächtigen Fernsichten. Gelegenheit zur Besteigung der höchsten Berge auf bequemen Reitpfaden. Ausflüge nach Tegernsee, Kochel- und Walchensees.

Wirkung der Quellen rühmlichst bekannt gegen Stropheln, Ueberreste acuter und chronischer Entzündungen (namentlich chronischen Uterininfarkt), Anschwellung der Leber, der Milz, Verhärtung der Prostata, veraltete Syphilis, Leiden der Harnwerkzeuge, chronische Hautkrankheiten. — Schöne Villen, gute Hotels und liebliche Privatwohnungen. — Prospekte gratis durch die **Brannen-Verwaltung**.

Station der Köln-Mindener, der Hannoverschen und der Löhne-Vienaburger Eisenbahn.

Bad Oeynhausen.

(Röhme in Westfalen.)

Haltestelle der Express-, Courier- und Schnellzüge der Linie Berlin-Cöln.

Saison vom 15. Mai bis zum 1. Oktober. Thermalbäder vom 1. Mai ab.

Naturwarme kohlensäure Thermalbäder; Soolbäder aus starken Soolquellen; **Sooldunst- und Wellenbäder; Gradluft;** bewährt gegen Rückenmarksleiden, Lähmungen, Rheumatismus, Nervenleiden, Hautschwäche, Anämie etc. Grossartige Badeeinrichtungen; Massiren; Orthopädisch-gymnastisches Institut. Prachtvoller grosser Kurpark. Vortreffliche Kurnusik. Wandelbahn. Comfortable Wohnungen zu jedem Preise Directe Bahnverbindungen. Bequeme Ausflüge nach dem Weserthale und dem Teutoburger Walde. Prospekte gratis und Näheres durch die **Königliche Bade-Verwaltung**.

In einer größeren Kreisstadt der Provinz Posen (Garnison, Gymnasium) ist ein am Markte gelegenes

Grundstück

nebst dem in demselben befindlichen Manufakturwaaren-Geschäft, das seit ca. 40 Jahren in schwunghafter Weise betrieben wird und im besten Gange ist (nachweislich alte Kundschaft) höchst preiswerth zu verkaufen. Offerten unter Chiffre A. N. S. erbeten an die Expedition d. Zeitung.

Grundstück in Posen.

St. Adalbertshof 3 ist sofort von freier Hand zum Verkauf. Näheres bei der Eigentümerin zu erfragen.

Im Dorfe Winiary, 1 Meile von Posen, dicht an der Posen-Oberpöner Chaussee, ist eine Windmühle mit 2 Sägen nebst Cylinder, französische Steine, vom 1. Oktober d. J. in gutem Zustande zu verpachten. Näheres beim Eigentümer L. Polozynski.

Bräuereiverkauf.

Die früher Zeidler'sche Bräuerei hier selbst ist preiswerth zu verkaufen event. zu verpachten.

J. Arter,

Schwerin a. W.

Mein Grundstück

nebst 4 Morgen guten Boden, welches unmittelbar an der Stadt und Bahnhof liegt und sich zu jedem Geschäft eignet, ist unter günstigen Bedingungen Familienhalber sofort zu verkaufen. Näb. in der Exped. der Posener Zeitung.

In Winiary bei Posen, dicht an der Chaussee, ist ein Gasthaus nebst Stallungen, Obsthof und Regelpark vom 1. Oktober d. J. zu verpachten. Näb. beim Eigentümer L. Polozynski.

12-14 Stück

Rehrücher Milch-Kühe

werden direkt oder durch Unterhändler per Cassa zu kaufen gesucht. Offerten mit Angabe des genauen Preises befördert die Expedition dieser Zeitung unter A. B. 3.

In Bauzwecken

offertren Träger, alte Eisenbahnschienen u. frischen Portland-Cement

zu billigen Preisen

Breiter & Schöning,

Schuhmacherstrasse 8.

66. Alter Markt 66

kommen heute zum Ausverkauf: Rein leinene Damen-Kragen für 30 und 25 Pf. neuester Façon, Damen-Schleifen für 10, 30 und 40 Pf., feinste Waare, Handschuhe in Zwirn und Seide, Damen-Strümpfe für 20 Pf., Meeresschaum- und Bernstein-Zigarren- und Zigarretten-Spißen spottbillig.

Otto Kühn.

Eine Marquise billig zu verkaufen. Näheres beim Sattlermeister Pluolski.

Posen, St. Martinstr. 1.

Frische Fett-Flundern empfiehlt Basch, Büttelstrasse 7.

Zwei fast neue

Siedemaschinen

neben zum Verkauf bei

Mayor Misch, Gr. Gerberstr. 42.

Colonialwaaren-Geschäft,

Mehl- und Vorkost-Handlung,

eröffnet habe. Indem ich dieses neue Unternehmen bestens empfehle, zeichne Hochachtungsvoll

E. Paulus,

Breslauerstrasse 34.

Racahout des Arabes,

nerkannt vorzügliches nahrhaftes Kindermehl

empfehlen

Theodor Hildebrand & Sohn,

Hoflieferanten

Sr. Majestät des Königs.

Berlin C.

Vorkaufsstellen in vielen besseren Delicatess- und Colonialwaarenhandlungen Posens.



Sonntag, d. 7. Mai

bringe ich wieder mit dem Frühzuge einen großen Transport frischmelender Rehrücher Kühe nebst den Kälbern

in Reilers Hotel zum Verkauf.

J. Klakow, Viehlieferant.

Braunschweiger Spargel-Export

von Aug. Herm. Schulze,

Braunschweig, Friedrich-Wilhelmstrasse 6.

Prima (ausgezeichnete starke Stangen) M. 0,80 Pf.

Mittel (vorzügliche Waare mit etwas dünnen Stangen) M. 0,50 Pf.

Versand gegen vorherige Einsendung oder Nachnahme des Betrages. Bei festen Abzügen für regelmäßige Lieferung besondere Vortheile.

B. Sprengel & Co.'s

leicht lösliche Malzertract-Puder-Chocolade (50 große kräftige Tassen aus einem Pfunde, ohne Kochen, einfach durch Aufgießen kochenden Wassers zu bereiten, Preis per Pfund Mark 2,60)

hat sich in der kurzen Zeit seit ihrer Erfindung als das beste blutbildende, nahrhafteste und angenehmste schmeckende Gesundheits-Getränk, welches bis jetzt in der Art überhaupt producirt wurde, bewährt und bereits weit über Deutschlands Grenzen ausgebreitet. Eine große Tasse kostet nur gut 5 Pfg. Für Kranke und Gesunde, Erwachsene wie für Kinder giebt es kein wohlthätigeres Morgen- und Abend-Getränk. Eltern sollten doch nicht verfehlen, ihren Kindern dieselbe, besonders Morgens, statt des aufregenden Kaffees zu reichen; sie erwärmt den Körper, wirkt belebend, ist Appetit erregend und übt einen wohlthätigen Einfluss auf die innerliche Funktionen.

Eisen-Anthract-Chocolade,

nach Vorschrift des Oberstabsarztes I. Cl. Dr. med. Dyes, Hannover, bewährtestes Mittel gegen chronischen Magenkatarrh, Magenkrampf, Blausucht und Blutarmuth.

Beide Specialitäten von fast allen Aerzten, welche dieselben kennen lernten, verordnet.

Niederlage bei Herrn Apotheker S. Radlauer, Rothe Apotheke, Posen

Bordeaux-Stettin.

S. D. „Kien“ gegen Mitte Mai.
S. D. „Kien“ gegen Anfang Juni.
Stettin-Bordeaux:
S. D. „Kien“ gegen Ende Mai.

Hofrichter & Mahn in Stettin.
F. W. Hyllested in Bordeaux.

Colossaler Massen-Artikel zum 10 Pfennig-Verkauf.

Unentbehrlich für jede Haushaltung.



Pat. A. Regulir-Spirale. Pat. A.

Eine spielend zu handhabende Vorrichtung, an jedes Küchen- oder Tischmesser anzubringen, um dasselbe zu einem Bohnen-, Kartoffelschälmesser, Gurkenhobel etc. etc. umzuwandeln. — Grossisten, Wiederverkäufer in allen Städten gesucht. Redlich & Ebel, Berlin S. Dresdenerstr. 46.

2 Labentische, 1 Kaffeebrenner

billigst zu kaufen bei

Wize,

Breslauerstrasse 30.

Conrad Planck'sches

Kulmbacher

Export-Bier,

in Gebinden und Flaschen, empfiehlt

W. Sobecki.

Abzugeben Pfeifenfabrik Schreiber, Düsseldorf, früher Niedermendig, ca. 2000 Dgd. complete lange Pfeifen mit acht Ungarisch-Weichselrohr, weit geböhrt, Dgd. 18 Mark, unächst 9 Mark. Probe & Dgd. wird abgegeben. Verbreitetes Geschäft Deutschlands. Nichtconvenirendes zurückgenommen.

Officer-Silberlachs,

frisch, in feinste Gelée marinirt, feinste Delicatsesse, versende das 10 Pfund schwere Fass franco gegen 7 Mark Nachnahme. Aug. Schroeder, Cröslin a. Ostsee, Reg.-Bez. Stralsund.

Mehrere 1000 Centner gutes Roggen-Futtermehl habe franco Bahnhof Bromberg abgegeben. Per 100 Pfd. 5,70 Mk. Bei Entnahme mehrerer Centner billiger.

Scholz, Bromberg,

Posenerstr. 26.

Gisshränke

neuester Konstruktion,

sowie

Gartenmöbel

in reichhaltigster Auswahl empfiehlt

T. Krzyzanowski,

Saubmacherstrasse 17.

Budel werden mit franz. Schere fein geschoren. Bestellungen Große Gerberstrasse 23, im Restaurant, erbeten.

Jeder Fettleibige

findet ohne sonderliche Kur und Verunsicherung briefl. durch unser neuestes, thatsächlich erfolgreiches Verfahren zur Auflösung des Fettes (Abnahme 15-40 Pfd.) absolut sichere und vollständig gefahrlose Hilfe. J. Densler-Maubach, Anstalts-Direktor Baden-Baden. Prospekte gratis und franco.

Syphilis, Haut-, Frauenleiden, Impotenz heilt brieflich ohne Verunsicherung Dr. med. Zitz, Berlin, Prinzenstr. 56.

Dr. Krug in Thal bei Ruhla.

Spec. für die geheimen Unterleibs- und Geschlechtsleiden jeder Art, die schweren Folgen geb. Jugendst. n. d. Verurtheilung, Schwäche, Ausflüsse, Haut- u. Mundkrankheiten, Nervenerregung etc. Im Nichtheilungsfalle verachte ich auf jedes Honorar. Jede Auskunft gratis.

Ein guter Plan.

OTTO. Umsatz von Fonds auf Option wird häufig fünf- bis zehnmal das Anlagekapital in ebensoviel Tagen abgezinst. Deutsche Erklärung gratis. Adr. GEORGE EVANS & Co., Fondsmäkler, Graham House, London E. C.

Hotel Bauer,

Berlin, Unter den Linden 26. Comfort. Zimmer zu solidesten Preisen.

Syphilis, Geschlechts- und Hautkrankheit, Schwachzustände, (Pollut. Impot.) heilt mit sicherem Erfolge, auch briefl., Dr. Holzmann, Berlinerstr. 16 part.

Eine Wohnung

von 4-5 Zimmern mit Zubeh. m. per 1. Oktober cr. im ober. Stadttheil gesucht. Off. m. Preisangabe unter B. K. Exped. d. Ztg. erbeten.

Das in meinem Hause befindliche Geschäftslokal nebst angrenzender Wohnung, beste Nahrungsstelle, ist zufällig zu verpachten.

Adolf Salomon in Rudowitz.

Eine fein möbl. Wohnung von zwei Zimmern ist Bronkerplatz 3, part. links zu vermieten.

Friedrichstr. 11, part. 2 elegant möbl. Zimmer sofort zu vermieten mit Vorschussgehalt.

Gesucht wird eine im Juli oder August beziehbare

Wohnung

von 4 Zimmern in einem neueren Hause. Offerten mit Preisangabe bitte nach Halldorfstrasse 35 II.

Baderstr. 10 ist ein fein tapeziertes Vorderzimmer, part., sof. zu verm.

St. Martin 53, 1. Etage, ein groß. möbl. Zimmer zu verm.

St. Martin 27 ist eine hoch-elegante Parterre-Wohnung so gleich zu haben.

Mehrere kleine Zimmer zu vermieten

St. Martin 36.

Breslauerstr. 9 zu vermieten:

4 Stuben III. sofort.

4 Stuben I. pr. 1. Oktober cr.

St. Martin 26 ein möbl. Zimmer.

Stellenfuchende jeden Berufs placirt schnell das Bureau Germania, Dresden.

Lehrhings-Gesuch.

In der herrschaftlichen Schlossgärtnerei in Czempin werden ein auch zwei Lehrlinge, möglichst der deutschen und polnischen Sprache mächtig, für baldigen Antritt gesucht. H. Jenke, Kunsthändler.

Wir suchen per sofort einen

Lehrling

mit guter Schulbildung.

Posener Credit-Verein,

eing. Gen.

Eine erf. Wirthschafterin,

mit guten Zeugnissen versehen, sucht entweder in ihrem bisherigen Berufe oder als selbständige Leiterin eines Haushalts geeignete Stellung für sofort oder später. Offerten unter R. R. 82 Grätz.

Für mein Leinen-, Modewaaren- und Konfektions-Geschäft suche ich per 1. Juli einen tüchtigen

Verkäufer u. Dekorateur, welcher der polnischen Sprache mächtig ist.

Max Fröhlich,

Rattowitz.

Ein tüchtiger, fleißiger, nüchtern, verheiratheter

Gärtner

findet als solcher und als Aufseher beim Rübenbau gute Stellung in Dom. Wolkenburg, Reg.-Bez. Bromberg, Posa- und Bahnstation. — Gute Empfehlungen und pers. Vorstellung nöthig.

Ein ordentliches und anständiges Stubenmädchen, sowie einen ersten Hausdiener verlangt per sofort

Edmund Graef,

Hotel Bellevue.

Ein süd. n. ungeb. Mädchen, in Küche u. Haus erfahren, wird zur Stütze d. Hausfrau f. sogl. gesucht. Off. sub A. B. 800 postl. Posen.

Verleger.